

AMZ 01539

Internationale sozialistische Kommission zu Bern

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an Nationalrat ROBERT GRIMM in Bern (Postcheckrechnung Bern, III 1662) zu richten

Commission socialiste internationale
à BERNEInternational Socialist Commission
in BERNELa correspondance doit être adressée au
citoyen ROBERT GRIMM, député à BerneThe correspondance has to be addressed to
comrade ROBERT GRIMM, deputy, Bern

BERN (Schweiz)

BULLETIN N^o 6Ausgegeben am
6. Januar 1917

Das « BULLETIN » kann im Abonnement (12 Nummern) zum Preise von Fr. 10.— gegen Voreinsendung bezogen werden

Internationale sozialistische Kommission zu Bern

An die Arbeiterklasse!

Der dritte Winterfeldzug ist zur Tatsache geworden. Zweieinhalb Jahre ununterbrochenen Mordens, zweieinhalb Jahre beispielloser Verwüstung und Zerstörung genügen noch nicht, um die Bestie zu sättigen, die im August 1914, nach jahrelanger systematischer Vorbereitung durch die Machthaber aller kapitalistischen Staaten, entfesselt wurde. Neue Blutströme sollen fließen, noch grausamere und raffiniertere Methoden der Menschenschlächtereierfunden und angewendet, noch schwerere Opfer dargebracht werden, bis zur völligen Erschöpfung und Verarmung Europas.

Wozu? Wofür?

In den Manifesten von *Zimmerwald* und *Kiental* sind die Triebkräfte dieser wahnwitzigen Selbstzerfleischung gekennzeichnet worden: die *Habsucht* und die *Ländergier* der *kapitalistischen Klassen*, ihr imperialistischer Heißhunger, ihr verbrecherisches Streben, das Mass der Ausbeutung in den eigenen wie in den fremden von ihnen unterjochten Ländern zu steigern und neue Quellen der Bereicherung zu erschliessen.

Diese Wahrheit, die keine diplomatische Lüge, keine staatsmännische Rabulistik, kein chauvinistischer Wortschwall jener würdelosen Sozialisten von gestern zu verdunkeln vermag, hat ihre neue Bestätigung in den Ereignissen der letzten Monate und der jüngsten Tage gefunden.

Rumänien, das man angeblich emporheben wollte zu nationalem Ruhm und Ansehen, in Wirklichkeit wie alle Kleinstaaten eine blosse Schachfigur im Spiel der imperialistischen Mächte, liegt, Belgien, Serbien, Montenegro gleich, zerfetzt am Boden — dasselbe Schicksal, das morgen Griechenland und andern zur Stunde noch neutralen Staaten wartet. Das Possenspiel mit der « Befreiung » *Polens*, ein Land, selbst unter der zaristischen Knute nicht schlimmer leidend als unter den fluchwürdigen Segnungen des austrogermanischen « Befreiers » — dieses elende Possenspiel beweist, wie wenig der militärische Sieger an etwas anderes als an Raub und schrankenlose Plünderung denkt. Die *Deportationen belgischer und polnischer Proletarier* zum Arbeitszwang fern von der Heimat, die Verwandlung aller kriegführenden Staaten in *Nationalzuchthäuser*, der *weisse Schrecken*, der gegen alle geschleudert wird, die aufrechten Sinnes die Vernunft gegen die Weiterführung dieses scheusslichen Gemetzels aufrufen, die *Ueberfüllung der Kerker* mit den Besten und Wägsten aus den Vorderreihen der kämpfen-

den Arbeiterschaft — **das alles sind ebensoviele Anklagen gegen die herrschenden Klassen und ihre infamen Kriegslügen wie Zeugen dafür, dass diesem Kriege, wie seinen Vorläufern, die niedersten, aus nackter Raff- und Habgier entsprungene Motive zugrunde liegen.**

Heute steht dieser Krieg in einer tiefen Krise. « *Keine Sieger, keine Besiegten, oder vielmehr alles Besiegte*, das heisst alle verblutend, alle ruiniert, alle erschöpft. » In den eigenen Fussangeln gefangen, gemeistert vom Kriege, nicht umgekehrt ihn meisternd, führen die leitenden Staatsmänner der im Kriege stehenden Länder ein **Komödienspiel des Friedens** auf. Wie sie im Frieden freventlich mit der Kriegsfackel spielten, so schänden sie im Kriege den erlösenden Gedanken des Friedens.

Die *Zentralmächte* haben ihren Gegnern Friedensverhandlungen angeboten. Aber wie? Indem sie bis zu den Zähnen bewaffnet dastehen, den letzten Mann in das Joch des Mordhandwerks gepresst, auf ihre « Siege » pochend, schlagen sie die Aufnahme von Friedensverhandlungen vor. **In Wirklichkeit ein tolles Narrenspiel, um das eigene Volk hinters Licht zu führen** und bei der sichern Ablehnung des Vorschlages von neuem die Schmutzwelle des nationalen Hasses und des Chauvinismus hervorzurufen.

Die Antwort, die von der Gegenseite erfolgte, ist des Vorschlages der Zentralmächte würdig. Die *Garde des Blutes* fühlt sich in dem furchtbaren Blutbad wohl und heimisch; **die Pogromisten erquicken sich an dem allgemeinen europäischen Pogrom.** Um ihre Macht über Konstantinopel, über die Meerengen und über Preussisch-Polen auszudehnen, sind sie bereit, Europas Jugend bis auf den letzten Mann zu opfern, wie sie sich zur Aufrechterhaltung der Herrschaft über die unterdrückten Völker Russlands vor keiner Schandtät gescheut haben.

Der Verräter *Briand* sucht durch Phrasen von Hass und Niedertracht Frankreich darüber hinwegzutäuschen, dass es tatsächlich verblutet und durch die Fortführung des Krieges, als Opfer seiner koalitierten Mächte, vollends dem Untergang geweiht ist. Der grösste Demagoge des Jahrhunderts, *Lloyd George*, stellt die bewusst falsche Behauptung auf, dass England für die « volle Wiederherstellung » der unterdrückten Nationen kämpfe. **Hat er, und hat sein Kumpare Briand vergessen, dass England und**

Frankreich durch ihre Diplomatie wie durch ihre Kriegspolitik an die Kriegsziele Russlands gebunden sind? Vergessen, welche Aspirationen die englische Politik im Orient, in Mesopotamien und Kleinasien vorab, leiten?

Und wie steht es mit der *Note des amerikanischen Präsidenten*? Sie kann den geheimen Charakter einer Kriegsnote nicht abstreifen. Wenn Wilson Frieden will, wohlan, so müsste Amerika die Friedensvermittlung mit der rücksichtslosen *Unterbindung* der eigenen, in die Milliarden gehenden *Kriegslieferungen* einleiten, mit *diesem* Ausweis in der Hand als Herold des Friedens vor die Völker treten.

In Tat und Wahrheit wollen die Regierenden den Frieden auch heute nicht: die Kriegführenden aus *Furcht* vor der unvermeidlichen *Abrechnung*, die diesem Schlachten folgen wird; die andern, weil ihnen der Glanz der *Kriegsprofite* höher steht als die heiligsten Interessen und Rechte der Menschheit. Nur *eine* Macht kann sie zum Frieden zwingen: **die erwachende Kraft des internationalen Proletariats, sein entschlossener Wille, anstatt die Waffe des Kampfes gegen den Bruder, sie gegen den Feind im eigenen Land zu richten.**

Noch ist diese Macht nicht gross genug, noch haben die unermesslichen Leiden und rauhen Schläge die Völker nicht zur Besinnung bringen können. Aber schon regt es sich in allen Ländern des Erdballs. Kein Land, wo nicht willensstarke proletarische Kämpfer die Standarte des Sozialismus, der die Freiheit und den Frieden bedeutet, erheben; kein Staat, der diese Kämpfer nicht verfehmt und verfolgt und so beweist, dass er das Kommen der einzigen Bewegung ahnt, die den wirklichen und dauernden Frieden bringt.

Diesen Kampf der *sozialistischen Minderheiten* gegen ihre Regierungen und gegen deren sozialpatriotische Söld-

linge gilt es weiterzuführen, ohne Rast und Ruh'! **Die Pflicht gegenüber der eigenen Klasse, gegenüber der Zukunft der Menschheit allen andern voran!** Sie erfüllen muss das unbeugsame Bestreben aller Arbeiter sein, in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern. *Jene*, indem sie alle Kräfte sammeln, um sie in Reih' und Glied gegen die herrschende Klasse in jedem Lande zu stellen, *diese*, indem sie den Kampf der Minderheiten mit aller Kraft moralisch und finanziell unterstützen.

Jetzt, wo der Krieg in eine Sackgasse geraten ist, jetzt wo die heuchlerischen Friedensgebärden der Diplomaten, wenn die Massen nicht tatkräftig und zu den letzten Opfern entschlossen ihren Friedenswillen bekunden, die Ueberleitung zu noch grauenerhaffterem Morden im Frühling bedeuten würden,

jetzt wo Hunger und Not aus ihrer gespenstergleichen Gestalt herausgetreten und zur allen fühlbaren Tatsache geworden sind,

jetzt gilt es, die Stunde zu nützen, mit unverbrüchlicher Treue und Hingabe im Sinne des internationalen revolutionären Sozialismus für die schleunige Beendigung des Krieges zu wirken, zu kämpfen für die völkerbefreiende Internationale der Arbeit.

Es lebe der Klassenkampf!

Es lebe der Friede!

Hoch die Internationalität der Arbeit!

Ende Dezember 1916.

Internationale sozialistische Kommission
zu Bern.

Zur Frage der Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“.

Eine Erklärung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

Das Zentralkomitee der S. D. A. P. R. hat den Vorschlag der französischen Sozialchauvinisten wegen Einberufung einer Konferenz der «Ententesozialisten» (England, Frankreich, Russland, Italien etc.) geprüft und beschlossen, die Teilnahme an dieser Konferenz abzulehnen.

Die Agenten der französischen Bourgeoisie, die unter dem Namen Französische sozialistische Partei auftreten, haben schon unlängst eine «Konferenz» der Gewerkschaften der Ententemächte in Leeds organisiert. Dann kam eine «Konferenz» der Ententegenossenschaftler. Und jetzt endlich wird der Versuch gemacht, eine ebensolche «Konferenz» der sozialistischen Parteien zu organisieren. Kein einziger ehrlicher Sozialist wird seine Hand dazu bieten, solchen Unternehmungen, die die Arbeiterklasse nur irreführen sollen, behilflich sein.

Wem gehört die Initiative der geplanten Konferenz? Kann man zu diesen Initiatoren irgendwelches politisches Vertrauen haben? Nein! Es sind diejenigen Leute, die — ebenso wie die Südekum und Scheidemann — die Beschlüsse der Internationalen mit den Füßen zertreten haben. Es sind diejenigen Leute, die die räuberische Habgier der zarischen Bande, die um Konstantinopel, Galizien, Armenien ihren Krieg führt, und die imperialistische Politik der französischen Bourgeoisie, die um die Behaltung der zusammengeraubten Kolonien ihren Krieg führt — den Arbeitern als «Vaterlandsverteidigung», Verteidigung der «Freiheit» und der «Kultur» vorgaukeln. Es sind diejenigen Leute, deren Führer in den reaktionär-imperialistischen Ministerien sitzen. Es sind diejenigen Leute, die zur Unterdrückung der sozialistischen Opposition in ihrem Lande vor den unerhörtesten Massregeln nicht zurückschrecken.

Diesen Leuten hat sich das Exekutivkomitee des Internationalen sozialchauvinistischen Bureaus angeschlossen, das an den praktischen Arbeiten bei der Einberufung der Ententekonferenz teilnehmen soll. Dasjenige Komitee, das in der Person von Huysmans unlängst den «zehnten sozialistischen Minister» Stauning zu seinem Eintritt in ein bürgerliches Ministerium öffentlich begrüßt hat! Dasjenige Komitee, das während des ganzen Krieges täglich ein Beispiel der unerhörtesten Pflichtvergessenheit der gesamten Arbeiterschaft der ganzen Welt dargeboten hat!

Nein! Diese Leute verdienen ebensowenig das Vertrauen der internationalen Sozialisten, wie die Scheidemann, Ebert, Müller, die jetzt so tief herabgesunken sind, dass sie den «Vorwärts» den Berliner Proletariern weggegaunert haben und denselben zur Verfügung der deutschen Imperialisten gestellt haben.

Wir sahen während des Krieges eine Konferenz der «Sozialisten» der Zentralmächte und die erste Konferenz der Ententesozialisten in London. Auf beiden Konferenzen wurden viele Phrasen über den demokratischen Frieden, über die Interessen des Proletariats, über die Wiederherstellung der Internationalen gedroschen. In der Tat wurde an den beiden Konferenzen *bestellte* Arbeit geleistet — für die «eigene» Regierung und für den «eigenen» Imperialismus. Und selbstverständlich wird sich an der kommenden neuen Ententekonferenz ganz dasselbe wiederholen.

Das Abo des Sozialismus und des Internationalismus fordert gebieterisch, dass wir eine Trennung innerhalb der Sozialisten ablehnen und nicht dasjenige Merkmal, das für die Regierungen entscheidend ist, anerkennen. Wir wollen keine Einteilung in «Ententesozialisten» und «Sozialisten der Zentralmächte» anerkennen. Wir sind Sozialisten-Internationalisten. Die «Deutschen» Karl Liebknecht und Friedrich Adler sind unsere Brüder. Aber der russische Sozialpatriot Plechanow oder der französische Sozialpatriot Renaudel sind unsere Klassengegner. Die deutsch-österreichischen Sozialchauvinisten behaupten, sie unterstützen den Plan eines «mitteleuropäischen» Staatsverbandes, weil aus «Mitteleuropa» ein freier demokratischer Verband von ganz Europa hervorwachsen wird. Die anglo-französischen Sozialchauvinisten behaupten, sie organisieren separate Ententekonferenzen, weil aus diesen eine neue Arbeiterinternationale, die die Proletarier aller Länder umfassen würde, entstehen wird. Beiden Behauptungen mangelt es an Wahrheit.

Vor Zimmerwald war es vielleicht noch möglich, an einer solchen Konferenz teilzunehmen — um dort die Sozialpatrioten zu geißeln. Wir machten diesen Versuch im Januar 1915. Unser Vertreter, Genosse Maximovitch, erschien in London, um den Herren die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern. Aber schon am Anfang seiner Rede, als er erklärte, diejenigen Sozialisten, die die «Vaterlandsverteidigung» in diesem Kriege anerkennen, seien Verräter — hatte ihm der Vor-

sitzende Vandervelde sofort das Wort entzogen. Die Herrschaften konnten nicht die Wahrheit vertragen.

Jetzt wäre die Teilnahme an einer solchen Separatkonferenz ein Schritt rückwärts von Zimmerwald. Schon in Kienthal war keine Mehrheit zu finden, die sich für die Teilnahme in einer eventuellen Plenarversammlung des I. S. B. ausgesprochen hätte. Desto weniger können die Zimmerwaldisten an einer Separatkonferenz einer der sozialchauvinistischen Koalitionen teilnehmen. Als die italienische Konföderation der Gewerkschaften die Teilnahme an der sozialchauvinistischen Konferenz zu Leeds ablehnte, haben sämtliche Internationalisten das verstanden und begrüßt. Desto unverständlicher ist uns jetzt der Beschluss der italienischen sozialistischen Partei, die an Zimmerwald angeschlossen ist, an der kommenden Ententekonferenz teilzunehmen. Alle Kalkulationen auf eine Zimmerwalder Mehrheit an dieser Separatkonferenz sind unbegründet. Die Teilnahme der Zimmerwaldisten an einer solchen Separatkonferenz kann der Zimmerwalder Vereinigung nur Schaden bringen.

Der Plan einer separaten Ententekonferenz stammt nicht nur von der französischen «Mehrheit», sondern auch von den Anhängern Longuets. Die letztern bilden eine «Opposition seiner Majestät», in allem Wichtigen unterstützen sie die Herren Sembat, Renaudel und Thomas. Mittels einer «internationalen» Separatkonferenz will man die wachsende Opposition der Arbeiter einschläfern. Man will ihnen einreden, auf diesem Wege komme die Herstellung der Internationalen am ehesten.

Vom Steigen der Opposition in Frankreich zeugt die letzte Broschüre des «Komitees zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen». Die Verfasser erklären entschieden, dass sie mit der «Opposition» Longuet-Pressemane nicht solidarisch seien und dass die «Vaterlandsverteidigung» (im imperialistischen Kriege) «unsozialistisch» sei. Die Pflicht aller Internationalisten besteht darin, die Kniffe der Sozialchauvinisten zu geißeln, nicht aber, dieselben zu vertuschen.

Der internationale Sozialismus macht eine unerhört schwierige Krise durch. Das internationale Blutmorden dauert an, und die Krise erlangt ihren Kulminationspunkt. Zu einer solchen Zeit ist mehr als je unsere Pflicht, eine offene Sprache zu sprechen, der Arbeiterschaft unzweideutig zu erklären, dass wir mit den Verrätern nicht zusammengehören, dass es kein Objekt gibt, über das wir mit den Renaudel, Plechanow, Vandervelde — oder mit den Scheidemann, Lensch, Südekum — zu beraten hätten. Unsere Verbündeten, unsere Freunde sind Liebknecht, Mac Leane, Höglund, diejenigen Arbeiter Deutschlands, Frankreichs, Englands, Schwedens, Russlands etc., die gegen die *eigene* Regierung kämpfen.

Das die Motive, die uns zur Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz der «Ententesozialisten» bewegen haben.

Gleichzeitig wenden wir uns an die I. S. K. zu Bern mit dem Vorschlag, eine Konferenz wenigstens derjenigen Zimmerwalder Organisationen einzuberufen, die zur Ententekonferenz eingeladen sind, damit diese Zimmerwalder Organisationen versuchen könnten, ein *gemeinsames* Auftreten der Einladung gegenüber auszuarbeiten.

Das Zentralkomitee der S. D. A. P. Russlands.

Situationsbericht aus Deutschland.

In der furchtbaren Atmosphäre des politischen und moralischen Verfalls, der sich der deutschen Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges bemächtigt hat, bilden die letzten drei Monate des zweiten Kriegsjahres einen gewissen erfreulichen Wendepunkt. Die Arbeitermassen fangen anscheinend an, aus der Erstarrung allmählich zu erwachen. Sie zeigen durch häufig aufeinanderfolgende Regungen des Protestes, dass sie sich mit der Rolle des militärischen Kanonenfutters für die herrschende Reaktion nicht mehr zufriedengeben, wozu sie von der offiziellen Führerschaft der Partei und der Gewerkschaften verurteilt worden sind.

Den Beginn der aktiven Umkehr der Massen zur Politik des Sozialismus bildet diesmal — bezeichnenderweise — der 1. Mai. In Berlin hat die Maidemonstration auf dem Potsdamer Platz, die trotz aller äusseren und inneren Widerstände zu einem achtunggebietenden Erfolg geführt hatte, zum erstenmal nach längerer Zeit wieder mit dem Missmut und der Gedrücktheit aufgeräumt, die sich seit der letzten misslungenen Demonstration im Dezember 1915 zwar nicht der Arbeiterschaft, aber der führenden Kreise der Berliner Partei bemächtigt hatte. Diese Demonstration ist ihrerseits durch ihr Nachspiel, den Liebknechtprozess, zum Ausgangspunkt und Ansporn für die folgenden Kundgebungen im Mai und Juni geworden, wie sie dadurch zweifellos auch auf die Internationale belebend und aufrüttelnd gewirkt hat. So hat

sich einigermaßen das schwere Opfer bezahlt gemacht, das sie in der Person Karl Liebknechts der Bewegung gekostet hat.

Die Maifeier, die auch im Reich aus der Initiative derselben oppositionellen Richtung hervorgegangen ist wie die Berliner Demonstration, hat in anderen Städten zu noch schöneren Resultaten geführt. An den 1. Mai schliesst sich der tapferere und siegreiche Kampf der *Braunschweiger* Jugend gegen den Sparzwang — ein Kampf, vor dem die allgewaltige Militärdiktatur die Waffen strecken musste und der seinerseits, einen Monat später, die *Magdeburger* Jugend zu einer ebenso tapferen und ebenso siegreichen Abwehr des Sparzwangs angeregt, wie auf die Jugendbewegung im ganzen Reich vorbildlich eingewirkt hat.

In *Hanau* wurde die Maifeier zum Ausgangspunkt mehrtägiger Massendemonstrationen der Frauen, die gegen Hunger, Lebensmittelwucher und Völkermord stürmischen öffentlichen Protest einlegten, und den bürgerlichen Stadtvätern nicht gelinden Schreck einjagten.

Die *Hungerkrawalle* ziehen sich durch den Mai und Juni fast in ununterbrochener Kette als handgreiflicher Beweis, dass die Erbitterung der Massen bereits als Elementarerscheinung an die Oberfläche tritt und für die aufrüttelnde Agitation der sozialistischen Elemente der Partei den günstigsten Boden bereitet, diese Agitation aber auch zur unabweisbaren Pflicht macht. In *Leipzig* war schon Mitte Mai als Antwort auf massenhafte Hungerkrawalle der verschärfte Belagerungszustand verhängt, und unser braves Heer nahm «siegreich» von den Strassen und Plätzen Besitz. In *Kiel* führte die Not der Massen Mitte Juni zum Proteststreik und zur Strassendemonstration der Arbeiter Kaiserlicher Werften. Ende Juni rückte in *München* unser ruhmreiches Heer gegen revoltierende Massen aus. In *Magdeburg*, *Braunschweig*, *Osnabrück*, *Jena*, *Hannover* — allenthalben gab es grössere oder geringere Krawalle, die zum mindesten zeigten, dass das Volk anfängt, seine Lammsgeduld und Hundedemut zu verlieren.

Die im Juni und Juli fleissig verbreiteten *Flugblätter* («Hundepolitik», «Hunger», «Steuerpolitik», «Was ist mit Liebknecht?», «Der U-Bootkrieg») nährten die Kampfstimmung der Masse und gaben ihr klare politische Parolen. Ihre Verbreitung führte aber auch, Hand in Hand mit den Demonstrationen, zu zahlreichen *Verhaftungen* und einigen *Prozessen*.

In *Stuttgart*, wo der Belagerungszustand gegen die radikale Opposition — dank der moralischen Unterstützung durch die «Sozialdemokratie» der Keil und des Parteivorstandes — besonders wütet, hat es in den letzten drei Monaten mindestens 400 Verhaftungen gegeben. Ausserdem in *Leipzig*, in *Jena*, in *Berlin* . . . Auch in Deutschland kommen wir allmählich in die Zeiten, wo der geziemendste Ort für anständige Leute hinter Gefängnisgittern ist, und die wachsende Zahl von verhafteten Genossen ist als ein Zeugnis der zurückkehrenden Selbstachtung in den Reihen der Partei und der zunehmenden Angst der herrschenden Reaktion zu bewerten. Die Militärdiktatur verlässt sich nicht mehr auf die freiwilligen Apportdienste der Scheidemann, Legien, Heinemann, Heilmann, Stolten, Frohme und Konsorten, deren Einflüsse auf die Massen immer sichtlicher versagen, — sie kehrt deshalb zu den zuverlässigeren Handlangern, den bezahlten Spitzeln, Polizeischergen und Gefängniswächtern zurück . . . Die *Prozesse* und *Verurteilungen*, die im Juni und Juli stattgefunden haben — ausser dem Liebknechtprozess in *Berlin*, der Prozess in *Stuttgart* in *Ulm*, in *Leipzig* — sind gleichfalls ehrende Marksteine des verschärften Kampfes, Gradmesser der steigenden Protestbewegung gegen den Krieg und den Bankrott des Sozialismus.

Es ist unmöglich, alle Opfer aufzuzählen, wir können nur einzelnes hervorheben. Nach der Anordnung des sogenannten Gerichtsherrn sollen in zweiter Instanz gegen den Genossen *Liebknecht* sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt werden. Und noch ist die Prozedur des militärischen Femgerichtes über Liebknecht nicht abgeschlossen, schon führte die Bande jener infamen Verschwörer gegen die Sache des Volkes einen neuen Schlag. Am 10. Juli wurde die Genossin *Rosa Luxemburg* wieder verhaftet. Erst vor wenigen Monaten hat sie die Gefängnismauern verlassen, wo sie zur Strafe für ihren bereits in Friedenszeiten beharrlich und rücksichtslos geführten Kampf gegen das Ungeheuer des deutschen Militarismus ein volles Jahr hindurch zubringen musste. Nun versuchen es die Häscher der Militärdiktatur zum zweitenmal während des Krieges, die Stimme der kühnen, unermüdeten Kämpferin, deren Schwert den Feinden des Proletariats tödliche Wunden schlug, hinter den Kerkermauern zu erdrosseln, ihren weitblickenden Geist durch rohe Gewalt zu knebeln. Man verhaftete sie ganz plötzlich in heimtückischer Weise, ohne irgendeinen Grund anzugeben, ohne auch nur den Schein einer Anklage, ohne auch nur einen Verdacht auszusprechen. Dabei ist die Militärbehörde so feige,

der gesamten Berliner Presse die Mitteilung dieses Handstreiches zu verbieten. Aus Furcht vor der drohenden Erregung in der Gross-Berliner Arbeiterschaft hatte die Zensurbehörde bereits vor der Verhaftung unserer Freundin die Presse angewiesen, nichts darüber zu berichten.

Neben den Verhaftungen verhängen die Militärbehörden systematisch Garnisondienst und Verschickung in den Schützengräben als Strafe. Wer demonstriert, wer bei den Streiks angeblich besonders beteiligt sein soll, muss sofort seinen Arbeitskittel mit dem Uniformrock vertauschen, ohne Rücksicht darauf, ob er für den Militärdienst taglich ist oder nicht. Diese Roheit, körperlich schwächliche Leute den Anstrengungen des Militärdienstes zu unterwerfen, beleuchtet grell die ganze Situation: in der Tat empfinden heute Abertausende den Dienst im «Ehrenrock» schlimmer als eine Haftstrafe.

Aber mag die Regierung mit immer neuen Ausnahmassregeln gegen die Arbeiterschaft vorgehen: *Schutzhaft* und *Zuchthaus*, *Gefängnis* und *Schützengräben* werden den Kampf gegen den Krieg nicht ersticken. Hunger im Inlande und Zwang zum Morddienst gegen unsere Brüder im Auslande wecken in immer neuen Scharen von Zehntausenden GröÙ und Hass gegen das System. Wenn die Säbelherrschaft und einen «Führer» raubt, schafft ihr Regiment sofort Hunderte von neuen mutigen Vorkämpfern.

Den Höhepunkt dieser steigenden Woge des Kampfes bildet der *Massenstreik der Munitionsbranche in Berlin* am 28./30. Juni, der zirka 55.000 Arbeiter auf die Strasse führte, und der am 27. und 28. Juni wunderbar durchgeführte *Massenstreik in Braunschweig* — gleichfalls hauptsächlich in den Munitionsfabriken — beide als Protest gegen die Verurteilung Liebknechts und gegen den Krieg.

Zum erstenmal hatten wir also in Deutschland einen politischen Massenstreik erlebt. Wurde es nicht jahrzehntlang von Gewerkschaftsbeamten, von Parteiführern als Hirngespinnst, als «russische Methode», als «Revolutionsromantik», als «Anarchosozialismus» verschrien, wenn man sagte, die deutschen Arbeiter müssten früher oder später genau so zur Waffe des politischen Massenstreiks greifen wie die Arbeiter aller anderen Länder, wenn sie ihrer Aktion den nötigen Nachdruck verleihen wollen? Und vollends im Kriege! War es nicht als heller Wahnsinn, als der Gipfel des Aberwitzes hingestellt, «mitten im Kriege» an einen politischen Massenstreik zu denken? Wurde nicht der brave verstorbene Keir Hardie auf dem Kopenhagener Internationalen Kongress von den Deutschen mit mitleidigem Achselzucken wegen seiner Marotte belächelt, als er für den Fall des Weltkrieges den Streik in den Munitionsbranchen auch nur in Erwägung ziehen wollte? Und nun ist das Unmögliche, das Hirnverbrannte, die «russische Revolutionsromantik» am 27. und 28. Juni in Deutschland Tatsache geworden. Was der preussische Wahlrechtskampf, was die schreidendsten Urteile der Klassenjustiz in der Art des Löbtauer Prozesses, was alle Attentate auf das Koalitionsrecht nicht hatten zustande bringen können, das haben der Weltkrieg und der Liebknechtsche Prozess fertiggebracht.

Und wie einfach, wie freiwillig, mit welcher Selbstverständlichkeit haben die Metallarbeiter Berlins und Braunschweigs es als ihre proletarische Pflicht betrachtet, durch demonstrative Arbeitsverweigerung gegen das Schandurteil und gegen den Krieg zu protestieren! Die felsenfesten Theorien der Gewerkschaftsbeamten, ihre jahrzehntelange Dressur — wo sind sie? Im Nu zerstoßen vor dem ruhigen Entschluss von 55.000 Proletariern. Die Berliner und die Braunschweiger Metallarbeiter haben dem ganzen deutschen Proletariat vorbildlich gezeigt, wie man über die korrumpierende «Führerschaft» der Cohen und der Scheidemann im entscheidenden Moment zur Tagesordnung übergeht. Sie haben zugleich der Regierung gezeigt, dass sie nicht länger als willenlose Sklaven ihre Arbeitskraft für die Zwecke des Imperialismus missbrauchen lassen. Der Vorstoss in der Berliner und Braunschweiger Munitionsbranche wird auch zweifellos im Ausland auf die proletarischen Massen aufmunternd und zum Kampf wider den Völkermord anfeuernd gewirkt haben.

Das Datum des 28. Juni kann sicher zum Wendepunkt in der inneren Geschichte des Krieges und der Rolle des deutschen Proletariats im Krieg werden — wofern das Beispiel der Metallarbeiter Berlins und Braunschweigs in den anderen Industrien und Städten würdige Nachahmung findet. Als *Anfang* der Protestbewegung, als erstes kräftiges Zeichen der Selbstbestimmung der Massen war der Streik des 28. Juni höchst bedeutsam. Aber man darf sich darüber nicht täuschen, dass es doch nur ein *Anfang*, ein kleiner Anfang war und dass die Bewegung im dritten Kriegsjahr noch ganz anders breit, mächtig, zäh einsetzen muss, um als erster Friedensfaktor endlich den imperialistischen Kriegswagen in die Speichen zu fallen und dem Sozialismus in Deutschland wieder eine Stätte zu erobern. Das Schelmenstück, das sich der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften mit

ihrem Aufruf gegen die «anonymen Hetzer» und gegen den Proteststreik wieder als Handlanger der Säbeldiktatur — wahrscheinlich unter deren Diktat — geleistet haben, ist eine neue Mahnung, dass der Augiasstall der Partei wie des imperialistischen Staates nur durch die schärfsten und entschlossensten Kundgebungen des Massenwillens ausgefegt werden kann.

Vor allem muss man sich heute vor Augen halten, was die sogenannten Führer unserer Bewegung stets zu vergessen pflegten: dass eine revolutionäre Bewegung, die nicht energisch vorwärts schreitet, sondern auf dem einmal erreichten Fleck längere Zeit auf den Lorbeeren ruht, in Wirklichkeit *zurückschreitet*. Der am 28. Juni genommene Anlauf muss im dritten Kriegsjahr zu viel *ausgedehnteren Aktionen* führen, und dazu ist eiserne Energie, Entschlossenheit und kühne Initiative nötig.

Diejenigen weisen Rechenmeister, die bei jeder politischen Initiative erst eine genaue Kostenrechnung verlangen, ob sich auch die möglichen Opfer sofort auf Heller und Pfennig bezahlt machen, und die beispielsweise über den «Leichtsinn» Liebknechts mit gerührtem Augenaufschlag seufzten, zeigen auch hier, dass ihnen die wirklichen inneren Zusammenhänge einer revolutionären Bewegung verborgen sind. In Zeiten der allgemeinen politischen Kirchhofsruhe bleiben die heldenmütigsten Opfer einzelner zunächst und sichtbar ohne jedes Echo. Und doch auch solche anscheinend «zwecklose» Opfer und Wagnisse sind in der Gesamtrechnung einer grossen geschichtlichen Bewegung ein unentbehrlicher Posten. Wo wäre heute die russische Arbeiterbewegung, wo hätte die grosse Revolution des Zarenreiches den gewaltigen Vorrat an Kampfernergie, politischer Reife und Zielklarheit in den Massen vorgefunden, wenn nicht Jahrzehnte vorher der Golgathaweg der sozialistischen Aufklärungsarbeit mit zahllosen persönlichen Wagnissen und «zwecklosen» Opfern besät worden wäre! . . . Auch jetzt noch wandern russische Sozialisten hundertweise ins Gefängnis, in die Verbannung, ins Zuchthaus, ohne jedes Aufsehen, ohne dass sich die Welt auch nur die Mühe gibt, ihre vertrackten Namen zu erfahren — wie wenn die Russen andere Menschen wären als wir, eigens für Zuchthaus und Gefängnis erschaffen!

Heute haben wir in Deutschland — in dem Deutschland der Säbeldiktatur und des Belagerungszustandes — russische Zustände, und ohne russischen Heldenmut, ohne russische Opfer kann der Freiheit und dem Sozialismus nun einmal nicht Bahn gebrochen werden. Ehe die deutsche Arbeitermasse nicht die korrumpierende Schule der offiziellen sozialdemokratischen Führer abgestreift hat, ehe sie nicht gelernt hat, dass man nicht bloss auf Befehl des Feldwebels und im Interesse des kapitalistischen Profits, sondern auch aus eigenem freien Entschluss und für die eigene Klassenbefreiung Haut und Leben in die Schanze schlagen kann, bleiben alle Beschwörungen der sozialistischen Internationalen und ihre Formeln eitel Schall und Rauch.

In solchen Zuständen, wie die heutigen in Deutschland, muss aber auch nach allen Gesetzen der historischen Erfahrung jede kühne Initiative und jedes ehrliche Beispiel segensreiche Nachwirkung ausüben. Und wenn die schönen Anfänge vom 28. Juni keinen weiteren Nachhall finden, wenn die Zuchthausjacke Liebknechts nicht im dritten Jahr der blutigen imperialistischen Orgie zur brennenden Fackel wird, die Millionen endlich zum entschlossenen Kampf gegen den Wahwitz entflammt, so wird das allerdings eine untilgbare Schmach sein — aber nicht für Liebknecht, sondern für das deutsche Proletariat.

Demonstrationen und Streiks in Deutschland.

In *Bremen* war die Demonstration als Protest gegen den Prozess Liebknecht für Donnerstag den 29. Juni geplant worden. Aber schon am Montag erschien eine ansehnliche Masse auf der Strasse. Hauptsächlich Werftarbeiter und Frauen marschierten unter Hochrufen auf Liebknecht zum Markt, den man trotz des Eingreifens der Polizei zum Teil auch erreichte. Besonders schroff ging die Polizei vor dem Gewerkschaftshaus gegen die Menge vor. In den Hauptstrassen der Stadt war ein starkes Menschengewühl, mit dem die Polizei nicht viel anfangen konnte. Am Markt wurden einige Verhaftungen vorgenommen, denen dann auch Bestrafungen folgten. Das war der Montag. Am Dienstag — ohne jede Vorbereitung — ein ähnliches Bild. Wenn es auch zu keinen geschlossenen Zügen kam — die Polizei trieb schon Kinderansammlungen auseinander — so fanden doch an vielen Ecken Zusammenrottungen statt. Am Mittwoch desgleichen. Die Stimmung war grossartig. Der Donnerstag kam. In der vorhergehenden Nacht wurden viele Flugblätter verbreitet, angeklebt usw. Abends gegen 8 Uhr begann der Tanz. Die ganze Stadt war sozusagen auf den Beinen. Die Hauptstrassen waren von Arbeitermassen überflutet, die zum Teil ruhig auf und ab spazierten, zum Teil Liebknecht hochleben liessen,

«Nieder mit der Regierung» riefen usw. Die Polizei war sehr aufgeregt und ging mit äusserster Schärfe vor. Aber da die ganze Stadt voll Menschen war, vermochte sie keinen Plan in ihre Zersplitterungsarbeit zu bringen. Sie trieb die Menge planlos hierhin und dorthin, und das Bild war im nächsten Augenblick wieder dasselbe. So verlief die Demonstration so eindrucksvoll wie nur möglich. Die Polizei sperrte schliesslich die Vorstadt gegen die Innenstadt ab, so dass alle, die in die Innenstadt wollten, umkehren mussten. Gegen 11 Uhr, nachdem die Masse schon teilweise in die Vorstädte zurückgeflutet war, und die Polizei sich sicherer fühlen mochte, machte sie kurzen Prozess mit dem Rest. Sie ging mit Brutalität gegen wehrlose Menschen vor. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Am darauffolgenden Montag *streikten* die Arbeiter der A.-G. Weser. Die allgemein erregte Stimmung hatte zusammen mit der drückenden Nahrungsmittelknappheit bewirkt, dass die Arbeit geschlossen niedergelegt wurde. Es wurden dann Lohnforderungen gestellt und die Aktion, die zuerst einen imposanten Anstrich hatte, verlief im Sande. Nach zwei Streiktage nahm man die Arbeit wieder auf, legte sich aufs Verhandeln und wurde gründlich übers Ohr gehauen, indem man sich mit wenigen Pfennigen zufriedengab.

In *Leipzig* wurde zum Protest gegen Liebknechts Verurteilung das Flugblatt «2½ Jahre Zuchthaus» verbreitet. Zahlreiche Exemplare dieses Flugblattes waren nachts an die Anschlagssäulen geklebt worden. Daraufhin erliess das Leipziger Polizeiamt in den bürgerlichen Blättern vom 9. Juli folgende Bekanntmachung:

50 Mark Belohnung

erhält, wer eine der Personen bezeichnen kann, die in vergangenen Nächten an verschiedenen Stellen der Stadt *Flugblätter*, angeblich in «Druck und Verlag Schulze Nachf., Stuttgart» erschienen, *angeklebt* oder solche *sonst verbreitet* haben. Mündliche Hinweise werden Wächterstrasse 5, Zimmer 70, *sonst* aber auch von jedem Aufsichtsbeamten entgegengenommen. *Vertrauliche Behandlung wird zugesichert.*

Leipzig, den 8. Juli 1916.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Aus *Stuttgart* wird uns über die Kundgebung am Montag den 26. Juni geschrieben: Die Demonstrierenden sammelten sich gegen 8 Uhr auf dem Karlplatz und zogen singend und rufend nach dem Charlottenplatz, wo 2000 Menschen versammelt waren.

Zuerst griffen Kriminalbeamte, ohne sich erkennen zu geben, ein. Sie haben sofort mit Gummiknüppeln auf die Leute eingehauen, und zwar wahllos auf Männer und Frauen, junge und alte.

Dann erschienen in grosser Anzahl uniformierte Schutzleute mit Revolvern umgürtet, die Schuppenkette herunter. Einige haben blankgezogen. Der Angriff geschah unter der Anführung des Kriminalkommissars Mauksch. (Früher in Halle a. d. S.)

Es wurden, nachdem die Menge auseinandergesprengt worden war, eine Menge Verhaftungen vorgenommen. Man holte auch nach Gutdünken bekannte Genossen aus Wirtshäusern heraus, da einige Wirtschaften, in denen die Genossen verkehren, unter ständiger Polizeiaufsicht stehen.

Aus Kasernen wird berichtet, dass überall die Bereitschaftskommandos aufgeboten und mit scharfen Patronen ausgerüstet worden waren, zum Ausmarsch kam es aber nicht.

Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung war und ist, nicht zum wenigsten wegen des Verhaltens der Polizei, eine für die Arbeiterschaft günstige.

In *Braunschweig* begann der Proteststreik für Liebknecht am Dienstag den 27. Juni mittags. Er wurde am Mittwoch fortgesetzt. Insgesamt streikten rund 8000 Arbeiter, darunter auch alle grossen Betriebe, so dass fast in der ganzen Stadt die Arbeit ruhte. Auch das Parteiblatt, der «Volksfreund» erschien aus Anlass des Streiks am 28. Juni nicht. An dem Streik war u. a. *nicht* beteiligt die Konsumgenossenschaft! Die seit dem Maistreik rücksichtsvolle Polizei genehmigte für Mittwoch vormittags eine öffentliche Versammlung. Dort wurde folgende Resolution angenommen:

Streikresolution der Braunschweiger Arbeiter.

Die heute, den 28. Juni 1916, im «Wilhelmsblick» versammelten ausständigen Arbeiter *Braunschweigs* erklären: Die Braunschweiger Arbeiterschaft hat die Arbeit niedergelegt, um gegen die Verhaftung und gegen das gerichtliche Verfahren, das den Genossen *Karl Liebknecht* mit Zuchthausstrafe bedroht, zu protestieren. Durch die Arbeitsniederle-

gung sollte zugleich dem tapferen Genossen Liebknecht, der durch Wort und Tat dem Volke seine Treue bewiesen, und der unermüdet für die Beendigung dieses Weltkrieges gewirkt hat, die *Sympathie der Braunschweiger Arbeiterschaft* zum Ausdrucke gebracht werden.

Nachdem dieser Zweck erreicht ist, erklärt die Braunschweiger Arbeiterschaft, die Arbeit am Donnerstag, den 29. Juni, früh, wieder aufzunehmen.

Die versammelten Arbeiter erklären jedoch, dass sie erwarten, dass bei und nach Wiederaufnahme der Arbeit *keine Massregelungen* und Einberufungen reklamierter Arbeiter stattfinden und dass alle Beziehungen in den Betrieben dieselben bleiben wie vor dem Ausstände.

Des weiteren erklären die Braunschweiger Arbeiter, dass sie erbittert sind über die Unfreiheit, die der *Belagerungszustand* schafft, über die *Auswucherung des Volkes*, über die Beschränkungen, die ihrem Blatt, dem *«Volksfreund»*, durch die erneute Verhängung der Vorzensur auferlegt worden sind.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft leidet mit ihren Familien schwer unter der überaus *mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln* aller Art, besonders mit Fleisch, Fett und Kartoffeln. Diese fehlerhafte und mangelhafte Versorgung schädigt schwer die Gesundheit und die Arbeitskraft des Volkes; hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft protestiert ferner, gegen die ihrer Meinung nach *nutzlose Verlängerung des Krieges*, in dem das ganze Volk kapitalistischen Interessen geopfert wird. Ein sofortiger Friede ist möglich, wenn die Regierung auf Annexionen Verzicht leistet und unverklausuliert ihren Friedenswillen bekundet. Die Braunschweiger Arbeiterschaft fordert die Regierung auf, alles zu tun, was den Krieg beenden und den Frieden herbeiführen kann.

Nimmt die Braunschweiger Arbeiterschaft die Arbeit wieder auf, so erwartet sie, dass allen Forderungen und Wünschen, die sie geäußert hat, von den leitenden Behörden und Instanzen Rechnung getragen wird. Sollte dem nicht so sein, so *behält sich die Braunschweiger Arbeiterschaft vor, von allen ihr zustehenden Rechten zu gegebener Zeit Gebrauch zu machen.*

Die Vorgänge in *Gross-Berlin* sind bekannt: Am Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, eine grosse Demonstration auf dem Potsdamer Platz. Grosse Absperrungen der ganzen Umgegend. Polizei geht brutal vor. Militärwachen halten passierende Soldaten an. Um 10 Uhr abends Fortsetzung der Demonstration auf dem Alexanderplatz, in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums. Berittene Polizei reitet in die Menge, schlägt Passanten nieder, schleppt Verhaftete zwischen den Pferden. Trotzdem immer wieder Hochrufe und Gesang, bis gegen halb 12 Uhr. Viele Verhaftungen; bis heute sind noch etwa 50 Personen in Schutzhaft. Viele kamen wie üblich aus der Haft sofort in die Garnison.

Am Mittwoch, den 28. Juni, vormittags, beginnt der Streik. Beteiligt sind rund 55,000 Arbeiter aus grossen und mittleren Betrieben der Metallindustrie (Munitionsindustrie). Der Beschluss zum Streik wird erst nach Beginn der Arbeit gefasst. Eine Deputation aus jeder Fabrik kündigt die Absicht der Betriebsleitung an. Dann in geschlossenem Zuge, singend und rufend, zur Lehrter Strasse, wo die Verhandlung stattfinden soll. Da die Strasse gesperrt ist, durchziehen die Arbeiter in Trupps von Tausenden das nördliche Stadtviertel. Das Ziel, Linden- und Wilhelmstrasse, wird teilweise erreicht. Polizei nimmt neue Verhaftungen vor. Am Donnerstag, den 29. Juni, wird die Arbeit wieder aufgenommen; doch legen dafür neue Fabriken in den nördlichen Vororten die Arbeit still. Vormittags grosse Demonstration dieser Arbeiter am Kaiser-Wilhelmplatz in Schöneberg. Stimmung glänzend; auch viele Arbeiterinnen haben sich beteiligt. Polizei, Partei und Gewerkschaften waren völlig überrascht und leisteten unfreiwillige Anerkennung. Seither sucht die Partei noch *«Rädelführer»*.

Unterstützt wird sie dabei durch die Lumpen des *«Hamburger Echo»*, der *«Chemnitzer Volksstimme»*, der *«Korrespondenz Stampfer»* und vieler anderer Mehrheitsblätter, die erst kürzlich wieder die Polizei scharf gemacht haben, auf Flugblattverbreitungen und sonstige *«landesverräterische»* Umtriebe zu achten. So unterstützen jene *«Genossen»* die Arbeit der Spitzel, die seit dem Streikprotest vor den Fabriken lauern und in den Fabriksälen in der Maske von Arbeitskollegen ihren unsauberen Achtgroshen-Diebstahl nachgehen. Auch die Geduld mit diesem Gesindel, das die Interessen einer demokratischen und sozialistischen Partei zu vertreten vorgibt, ist nicht unendlich. Schon ist in einzelnen Versammlungen solchen *«partei-genössischen»* Denunzianten das Maul mit derber Arbeiterfaust geschlossen worden, und der Boykott *«partei-genössischer»* Denunziantenblätter macht erfreuliche Fortschritte.

Das Bekenntnis eines internationalen Sozialdemokraten.

Aus den Akten des Prozesses Liebknecht.

Berlin, den 3. Mai 1916.

An das Königliche Kommandanturgericht Berlin.

In der Untersuchungssache gegen mich bedürfen die Protokolle über meine Aussagen folgende Verdeutlichung:

1. Die deutsche Regierung ist nach ihrem gesellschaftlichen und geschichtlichen Wesen ein Instrument zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen; sie dient im Innern und nach aussen den Interessen des Junkertums, des Kapitalismus und des Imperialismus.

Sie ist die rücksichtsloseste Vertreterin weltpolitischer Ausdehnung, die stärkste Treiberin des Wettrüstens und damit einer der wichtigsten Exponenten bei Herausbildung der Ursachen des jetzigen Krieges.

Sie hat diesen Krieg in Gemeinschaft mit der österreichischen Regierung angezettelt und sich so mit der Hauptverantwortung für seinen unmittelbaren Ausbruch belastet.

Sie hat den Krieg unter Irreführung der Volksmassen und selbst des Reichstages (vgl. u. a. Verschweigung des Ultimatus an Belgien, Aufmachung des deutschen Weissbuches, Ausmerzungen der Zarendepesche vom 29. Juli 1914 usw.) in Szene gesetzt und sucht mit verwerflichen Mitteln die Kriegsstimmung im Volke zu erhalten.

Sie führt den Krieg nach Methoden, die, selbst von dem bisher üblichen Niveau betrachtet, ungeheuerlich sind. (Ueberfall auf Belgien und Luxemburg, Giftgase — inzwischen bei allen Kriegführenden gebräuchlich geworden, vgl. aber die alles überbietenden neuen Zeppelinbomben, die alles Lebende, ob Kombattant oder Nichtkombattant, im weiten Umkreise vernichten sollen; U. B.-Handelskrieg, Torpedierung der Lusitania usw., Geisel- und Kontributionssystem, besonders im Anfange in Belgien; planmässiges Einfangen der ukrainischen, georgischen, ostseeprovinzlichen, polnischen, irischen, mohammedanischen usw. Kriegsgefangenen in den deutschen Gefangenenlagern zum *landesverräterischen Kriegsdienst* und zu *landesverräterischer Spionage* für die Mittelmächte — Vertrag des Unterstaatssekretärs Zimmermann mit Sir Roger Casement vom Dezember 1914 über Formierung, Ausrüstung und Ausbildung der aus gefangenen britischen Soldaten bestehenden *irischen Brigade* in den deutschen Gefangenenlagern; Versuche, in Deutschland befindliche Zivilisten feindlicher Staatsangehörigkeit unter Bedrohung mit Zwangsinternierung zum *landesverräterischen Kriegsdienst* gegen ihr Land zu pressen usw.; *«Not kennt kein Gebot!»*).

Sie hat durch den Belagerungszustand die politische Rechtlosigkeit und wirtschaftliche Ausbeutung der Volksmasse gewaltig gesteigert; sie *verweigert* alle ernstesten *politischen* und *sozialen Reformen*, während sie durch Redewendungen über angebliche Gleichachtung aller Parteien, über angebliche Abkehr von politischer und sozialer Ausnahmebehandlung, über angebliche *«Neuorientierung»* u. dgl. diese Volksmasse für ihre imperialistische Kriegspolitik gefügig zu erhalten sucht.

Sie hat in der wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung während des Krieges aus agrarischen und kapitalistischen Rücksichten gründlich versagt und so einer empörenden Volksauswucherung und Not die Wege geebnet.

Sie hält auch heute noch an ihren Kriegszielen der *Eroberung* fest und bildet damit das Haupthindernis für sofortige Friedensverhandlungen auf Grundlage des Verzichts auf Annexionen und Vergewaltigung aller Art. Sie erstreckt durch die, zudem rechtswidrige Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes (Zensur usw.) die öffentliche Kenntnis unbequemer Tatsachen und die sozialistische Kritik ihrer Massnahmen. Sie enthüllt damit ihr System *scheinbarer Gesetzlichkeit* und vorgespiegelter Volkstümmlichkeit als ein System wirklicher Gewalt, echter Volksfeindlichkeit und des bösen Gewissens gegenüber den Massen.

Der Ruf *«Nieder mit der Regierung»* soll diese gesamte Politik der Regierung als verderblich für die Masse der Bevölkerung brandmarken.

Er soll weiter besagen, dass schroffster Kampf, *Klassenkampf gegen die Regierung die Pflicht jedes Sozialisten*, jedes Vertreters proletarischer Interessen ist.

2. Der jetzige Krieg ist kein Krieg zur Verteidigung nationaler Unversehrtheit oder zur Befreiung unterdrückter Völker oder zur Wohlfahrt der Massen.

Er bedeutet vom Standpunkt des Proletariats nur die *äusserste Konzentration und Steigerung der politischen Unterdrückung*, der wirtschaftlichen Ausaugung, der militaristischen Abschachtung von Leib und Leben der Arbeiterklasse zum kapitalistischen und absolutistischen Vorteil.

Darauf gibt es nur eine Antwort der Arbeiterklasse aller Länder: Verschärften Kampf, *internationalen Klassenkampf* gegen die kapitalistischen Regierungen und die herrschenden Klassen aller Länder, für die Beseitigung jener Unterdrückung und Ausbeutung, für die Beendigung des Krieges durch einen Frieden im sozialistischen Geist. In diesem Klassenkampf liegt für den Sozialisten, *dessen Vaterland die Internationale ist*, die Verteidigung alles dessen beschlossen, was er als Sozialist zu verteidigen hat.

Der Ruf «Nieder mit dem Krieg» soll zum Ausdruck bringen, dass ich dem jetzigen Krieg nach seinem geschichtlichen Wesen, nach seinen allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen und der besonderen Form seiner Entstehung, nach der Art, wie, und nach den Zielen, für die er geführt wird, in grundsätzlicher Verurteilung und Feindschaft gegenüberstehe; und dass es die *Pflicht* jedes Vertreters proletarischer Interessen ist, am internationalen Klassenkampf für seine Beendigung teilzunehmen.

3. Ich bin als Sozialist *grundsätzlicher Gegner wie dieses Krieges*, so des bestehenden *Militärsystems* und habe den Kampf gegen den Militarismus stets als eine besonders bedeutsame Aufgabe, als eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse aller Länder nach Kräften unterstützt (vgl. meine Schrift: Militarismus und Antimilitarismus 1907, die internationalen Jugendkonferenzen zu Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910). Der Krieg gebietet, den antimilitaristischen Kampf mit verdoppelter Anstrengung zu führen.

4. Der 1. Mai ist seit 1889 der Kundgebung und Propaganda für die grossen Grundgedanken des Sozialismus, gegen jede Ausbeutung, Unterdrückung und Vergewaltigung geweiht, der Propaganda für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder, die durch den Krieg nicht aufgehoben, sondern verstärkt ist, gegen ihre brudermörderische Zerschlagung, für den Frieden, gegen den Krieg.

Während des Krieges ist diese Kundgebung und Propaganda eine doppelt heilige Pflicht jedes Sozialisten.

5. Die von mir vertretene Politik ist in dem Beschluss des internationalen sozialistischen Kongresses zu Stuttgart (1907) vorgezeichnet, der die Sozialisten aller Länder, nachdem sie den Krieg nicht verhindert haben, verpflichtet, mit allen Mitteln auf seine schnelle Beendigung hinzuwirken und die, durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen.

Sie ist bis zur letzten Konsequenz *international* gemeint. Sie statuiert die gleiche Pflicht, die ich mit anderen in Deutschland der Regierung und den herrschenden Klassen gegenüber erfüllte, für die Sozialisten der übrigen kriegführenden Staaten ihren Regierungen und herrschenden Klassen gegenüber.

Sie wirkt international, indem sie in wechselseitiger Anfeuerung von Land zu Land den internationalen Klassenkampf gegen den Krieg fördert.

Ich habe mit anderen diese Politik seit Kriegsbeginn, wo immer ich vermochte, in aller Öffentlichkeit verfochten und betätigt und bin dazu, soweit es möglich war, auch mit meinen Gesinnungsfreunden in den anderen Ländern in Verbindung getreten. (Z. B. Reise nach Belgien und Holland, September 1914, Weihnachtsbrief 1914 an den Labour Leader London, Schweizer Zusammenkünfte, an denen persönlich teilzunehmen ich leider durch höhere Gewalt verhindert war usw.)

6. Diese Politik ist nicht nur die meinige, an der ich festhalten werde, koste es, was es wolle, sondern die *Politik eines stets zunehmenden Teils der Bevölkerung in Deutschland und den anderen kriegführenden und neutralen Staaten*. Sie wird bald, wie ich hoffe, und wofür ich weiter zu arbeiten entschlossen bin, die Politik der Arbeiterklasse aller Länder sein, die dann die *Macht* besitzen wird, den imperialistischen Willen der heute herrschenden Klassen zu brechen und zum Wohle der Allgemeinheit die Beziehungen und Zustände der Völker nach ihrem Willen zu gestalten.

Armierungssoldat *Liebknecht*.

* * *

Berlin, den 8. Mai 1916.

An das Königliche Kommandanturgericht Berlin.

In der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:

1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der «Vorschub zu leisten» er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber wie der eigenen. Nicht: «Einer feindlichen Macht Vorschub leisten», sondern: «In internationaler Wech-

selwirkung mit den Sozialisten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch tun», ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er fasst ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: *in eigenen Lande*. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozess, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg verwirklicht sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist der Sinn der Worte Jaurès', die zum Motto meiner Ende März 1915 erschienenen Schrift: «Klassenkampf gegen den Krieg» gewählt sind.

2. Würden die *deutschen Sozialisten* z. B. die *englische Regierung* und die *englischen Sozialisten* z. B. die *deutsche Regierung* bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), *ist kein Sozialist*, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist *Kriegshetzerei* und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

Gewiss hat der *internationale Sozialist*, und nur er, da er den Klassenkampf gegen die *eigene Regierung* führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, so dass er seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muss, um wenigstens der schlimmsten Wirtnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der *deutschen Regierung*; ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist und weil solche Unwahrheiten heute mehr als je dem verwerflichen Zweck der Völkerverhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

Ich habe die *ausländischen Regierungen*, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug in Aug angegriffen, und in Deutschland, wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinn erachte oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug in Aug angriff. *Niemals werde ich es tun, wenn ich dadurch der Kriegshetzerei Vorschub leiste*.

Wegen meines Kampfes gegen den Zarismus und die zaristische Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von den deutschen Behörden verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich — allen parlamentarischen Ueberlieferungen zuwider — vom preussischen Abgeordnetenhaus voller Hass und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Anwaltschaft ausgeliefert; während des Krieges — im November 1914 — wurde das Verfahren gegen mich mit einem Schuldigspruch beendet. Ich werde das Material dazu überreichen, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen feindliche Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des *bewussten internationalen Kampfes*, dass der Sozialist die Kooperation der Sozialisten in allen Ländern als ein Ganzes überblickt, dass er *bewusst* in dieser Arbeitsteilung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinem Lande mitwirkt, dass er *bewusst* seinen Kampf und den der Sozialisten in den anderen Ländern als sich ergänzende Funktionen erkennt und so den Kampf auch gegen die Regierungen in sein Bewusstsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesen internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben, kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unsicherheit, der Unentslossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muss, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind und um diese Politik bei denen, die sie betreiben, zu einer *bewussten* zu machen.

In solchem Sinn und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegen.

Armierungssoldat *Liebknecht*.

Oesterreich.

Man schreibt uns aus Oesterreich: Das Bulletin Nr. 4 der I. S. K. macht auf Grund des Berichtes der Wiener «Arbeiterzeitung» Mitteilungen über die Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, die vom 25. bis 28. März 1916 in Wien stattfand. Dieser Bericht bedarf nicht nur der *Ergänzung*, sondern auch der *Richtigstellung*. Er enthält aus Gründen äusserer und innerer Zensur die Anträge der Opposition zum Teil gar nicht, zum Teil stark verstümmelt und macht eine den Tatsachen nicht entsprechende Mitteilung über die Abstimmung beim Punkt «Die Partei und die Internationale».

Die Opposition hat bei allen drei politischen Punkten der Tagesordnung in die Verhandlungen eingegriffen, und ihre Anträge waren durch drei Tage der Hauptgegenstand der Diskussion.

Bei der Beratung der *wirtschaftspolitischen Fragen* wurde von Genossen *Danneberg* ein Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes gestellt, der ihr eine deutliche Spitze *gegen den Imperialismus* und *gegen ein schutzzöllnerisches Mitteleuropa* gab. Nachdem am Anfang der Debatte eine derartige Formulierung von den Rednern der Mehrheit abgelehnt worden war, wurde sie schliesslich nach eintägiger Diskussion, in die Danneberg zweimal eingriff, vom Referenten akzeptiert und in die Resolution des Parteivorstandes aufgenommen, wodurch bei diesem Punkte eine Kampf Abstimmung entfiel.

Den Punkt «Oesterreich nach dem Kriege» benützte die Opposition zur Entfesselung einer grossen Debatte über die Stellung der Partei zum Kampf für den Frieden. Der Parteivorstand hatte eine Resolution beantragt, die in ihrem Schlusspassus der Friedenssehnsucht unverbindlich Ausdruck gibt. Genosse *Friedrich Adler* beantragte und begründete dagegen folgende Fassung dieses Schlussatzes:

«Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln und von ihr mit dem grössten Nachdruck zu begehren, sie solle nach Vereinbarung mit den ihr verbündeten Regierungen in einer öffentlichen Kundgebung erklären, die Mittelmächte seien jederzeit bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten unter der einzigen Vorbedingung, dass alle Mächte von vornherein auf Eroberungen fremder Gebiete und auf Kriegsschädigungen verzichten.»

Dieser Antrag wurde nach 1½-tägiger Debatte von der Mehrheit abgelehnt, die sich mit einer kleinen Verbesserung der Vorstandsresolution durch einen Antrag *Austerlitz* begnügte. Die Opposition hatte jedoch den Erfolg, die Frage der Friedenspolitik schon bei diesem Punkte behandeln zu können, was taktisch wichtig war, da Absichten bestanden, die Debatte beim Punkt «Die Internationale in der Partei» zu unterbinden. Man hütete sich schliesslich vor einer vollständigen Abwürgung und beschränkte sich darauf, die Redezeit in der Debatte auf zehn Minuten zu beschränken, während sie für den Referenten unbegrenzt war. Die Opposition begegnete diesem Schachzug, indem sie eine grössere Zahl von Rednern ins Feld schickte, nämlich die Genossen *Kiesewetter* (Trautenau), *Friedrich Adler*, *Therese Schlesinger*, *Danneberg*, *Abgeordneter Müller* und *Marie Bock*.

Die Opposition stellte einen Antrag, der von 16 Delegierten, darunter zwei Reichratsabgeordneten, unterzeichnet war und sämtliche Sätze der Resolution des Parteivorstandes enthält, ihnen aber durch Einschaltungen eine andere Tendenz gibt. Die Resolution der Opposition lautet:

«Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich vereinigt ihre Stimme mit dem Rufe der leidenden Massen in allen Ländern nach Beendigung des Krieges, dessen Fortsetzung nur zwecklose Häufung unsagbarer Opfer und dauernde Verwüstung der schwer erarbeiteten Kulturgüter herbeiführen kann. Die Friedenssehnsucht der Arbeiterklasse kann jedoch nur soweit wirksam sein, als sie von einem klaren *politischen Willen* getragen ist. Es ist in diesem Kriege offenbar geworden, dass die grossen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die Sicherung der nationalen Autonomie der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft durch Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit für alle Staaten der Welt, nicht im Wege der Waffen gelöst werden kann. Dass im Gegenteil der Friede nur kommen und die Rückkehr zu den *Kulturaufgaben* nur erfolgen kann, wenn in allen kriegführenden Staaten die Erkenntnis sich durchsetzt, dass die Weiterführung des Krieges *zwecklos* ist und ihm nur eine *Vereinbarung auf demokratischer Grundlage* ein Ende zu setzen vermag. Die nachdrücklichste Vertretung dieser Forderung und die schroffste Gegnerschaft gegen jede Regierung, die nicht öffentlich erklärt, jederzeit zu Friedensverhandlungen auf Grund dieser Prinzipien bereit zu sein, ist die oberste Pflicht der Sozialdemokratie.

Als Erfüllung dieser Pflicht begrünnen wir die Ablehnung aller Kriegskredite, begrünnen wir die mutigen Reden

der Genossen der Mehrheit der preussischen Landtagsfraktion und der Minderheit der deutschen Reichstagsfraktion, insbesondere auch die letzte Rede des Genossen Haase, begrünnen wir die Kundgebungen sozialistischen Friedenswillens der Minderheiten in allen Ländern, begrünnen wir den opfervollen Kampf der russischen Dumafraktion, vor allem aber das vorbildliche Verhalten der Sozialdemokratie in Italien. Von der Erfüllung dieser Pflicht darf sich keine sozialistische Partei abhalten lassen, wenn auch das wirksamste Instrument dieser Politik, die sozialistische Internationale, zerstört ist. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, dass diese *Zerreiung und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung* die notwendige Folge der bisherigen Stellungnahme der Mehrheiten der sozialistischen Parteien zum Kriege gewesen ist. Eine internationale Aktion von Proletariern, die einander *besiegen* wollen, ist ausser dem Bereiche der Möglichkeit.

Wir begrünnen die sozialistischen Arbeiter in allen Ländern und in allen Schützengräben und sind der unerschütterlichen Ueberzeugung, dass sie sich wieder zur solidarischen Führung des internationalen Klassenkampfes zusammenfinden werden.

Wir begrünnen jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationalen und der Solidarität der Arbeiter im Klassenkampf führen soll. Einen Ausdruck dieser Bemühungen und zugleich einen Beweis, dass auf den altbewährten Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus *auch im Kriege* die internationale Solidarität Ausdruck finden kann, sehen wir in der *Zimmerwalder Konferenz*.

Die Solidarität der erneuten Internationalen kann nur auf der festen Grundlage starker und einiger Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen. Diese Einigkeit kann nur erlangt werden, wenn die Sozialisten aller Länder sich entschliessen, die Beschlüsse der internationalen Kongresse in allen internationalen Fragen als bindend anzuerkennen.»

In der Abstimmung wurde nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, die Resolution des Parteivorstandes und der Opposition *einander gegenüberzustellen*. Es konnte also jeder der Delegierten *nur für einen* der Anträge stimmen. Es fand auch tatsächlich keine Gegenprobe statt, und es hat die Opposition *nur für ihren* Antrag gestimmt. Die Mitteilung der «Arbeiterzeitung», dass die Resolution des Parteivorstandes schliesslich einstimmig angenommen wurde, ist daher *unrichtig*.

Die Mobilisation der Arbeiter in Frankreich.

Der «Befreiungskrieg» befreite die kapitalistischen Klassen von der Notwendigkeit der Wahrung der Arbeiterschutzgesetze. Im Namen der Vaterlandsverteidigung wurde der Burgfrieden proklamiert, d. h. die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse. Allein da alle Phrasen von dem Befreiungskriege, dem Kriege für die Bürgerrechte der kleinen Nationen, sich nicht als genügend erwiesen zur freien Ausbeutung der Arbeiterschaft, hat man in allen kriegführenden Ländern die Arbeitskraft mobilisiert, den Arbeiter zum Sklaven seines Prinzipals gemacht. Ein typisches Beispiel in dieser Hinsicht liefert Frankreich, wo 80 % aller Arbeiter mobilisiert sind. Sie haben kein Recht zu protestieren, da ihnen bei der geringsten Widersetzung die Versetzung an die Front droht oder dann das Kriegsgesetz. Dieser Beispiele waren nicht wenige. Metallarbeitersekretär Merrheim weist darauf hin. Diese Ausbeutungsmöglichkeit bringt den Unternehmern enorme Profite ein. Merrheim gibt ein interessantes Beispiel. Wenn ein kleiner Unternehmer zehn Arbeiter beschäftigt, die in Akkordarbeit 20 Fr. im Tag verdienen, hat er einen Reingewinn von 400 Fr. täglich. Wie enorm der Profit der grossen Unternehmer sein dürfte, die den Arbeitern 5—6 Fr. per Tag zahlen und ihre Produkte direkt dem Staat liefern, zeigte der Deputierte Mistral in der Kammer. Der Metallverband in Ariège zum Beispiel, dessen Umsatz von 1913—1914 nicht fünf Millionen überstieg, brachte ihn jetzt bis auf 14,495,000 Franken. Die Gusstahl- und Eisenwerke Hamecourt in St. Chamoud und in den Untern Pyrenäen hatte 1915 einen Reingewinn von 6,800,000 gegen 5,260,000 Fr. im vorigen Jahr. Der Ertrag der Ton- und Pena Gesellschaft überstieg (1915) 11 Millionen Fr. Die Gesellschaft Fourchambault in Commeny, die die Produktion unter normal betrieb, erhielt im Jahre 1915 6,000,000 Fr. Reingewinn gegen 4,000,000 Fr. im vorigen Jahr. Eine Gesellschaft, die während acht Monaten

Granaten fabrizierte, erhielt auf 11 Millionen Kapitalanlage 4 Millionen Gewinn. Der Gesamtgewinn aller Regierungslieferanten wird auf 100.000.000 Fr. geschätzt. Die anderen Lieferanten der Militär- und Marineabteilungen vergrößerten ihren Gewinn automatisch, dank den Preisaufschlägen des Rohmaterials. Während eines Jahres erreichte ihr Gewinn 200.000.000 Fr. Mistral zitiert die «Liberté», worin hingewiesen wird, dass eine Firma mit 8 Millionen Fr. Kapital für 36 Millionen Fr. Munition fabrizierte und die 16 Millionen Fr. Reingewinn erhielt. «Und darum ist nicht zu verwundern,» bemerkt Mistral, «dass manche Banken ihren Klienten geheime Zirkulare zukommen lassen mit Vorschlägen, wie man neue Einlagen machen könne. Sie versprechen, binnen sechs Monaten das Kapital zu ersetzen!» Das heisst, dass diese Unternehmungen jährlich 200 % Gewinn bringen.

Solche skandalöse Gewinne lassen sich einerseits durch die gewissenlose Haltung der republikanischen Regierung in Sachen der öffentlichen Kapitalien erklären, andererseits durch die schamlose Ausbeutung der Arbeiter. So bekommt zum Beispiel in der Fabrik Reno bei Paris, wo 8000 Arbeiter beschäftigt sind, nur eine kleine Anzahl Arbeiter den Lohn, der vor dem Kriege bezahlt wurde (1 Fr. 30 per Stunde). Die meisten dagegen, besonders die Mobilisierten, bekommen 50—70 Cts. in der Stunde. Und nun wird auch dieser geringe Lohn den Arbeitern reduziert. Die Firma Gebr. Opinonkès (Nekers) reduzierte plötzlich den Lohn der mobilisierten Arbeiter um 25—40 %. Die Arbeiter protestierten nicht! Nach zwei Monaten erfolgte neuerdings eine Lohnreduktion um 20 %, und die Arbeiter protestierten auch jetzt nicht, aus Angst davor, an die Front geschickt zu werden. Die alte Fabrik Pathé in Chaton, die jetzt Munition fabriziert, reduzierte den mobilisierten Arbeitern den Lohn auf 75 %, den Unzufriedenen stellt man frei, an die Front zurückzukehren¹⁾. In der Munitionsfabrik St-Cloud wurde die Akkordarbeit von 3 Fr. auf 2 Fr. 40 im Tag reduziert, ausserdem werden an jedem Zahltage für beschädigtes Material 3—7 Fr. abgezogen. Um bei den Zahltagen nicht Konflikte entstehen zu lassen, sind Gendarmen anwesend²⁾. In Ivry-sur-Seine erhalten die mobilisierten Drechsler 60 Cts. per Stunde. Mit diesem Geld können sie nicht einmal Kost und Logis bestreiten³⁾.

In Trignac (Basse-Loire) erhalten die mobilisierten Arbeiter 4 Fr. im Tage. Nach Bezahlung von Kost und Logis bleiben ihnen noch (alle zwei Wochen) für alle anderen Auslagen 12 Fr. übrig; wenn sie verheiratet sind, so haben sie nichts mehr, um die Familie zu unterstützen⁴⁾. In der *Humanité* (1. September 1915) wurde eine Bekanntmachung des Metallarbeitersyndikates von Montluçon veröffentlicht, die von ihrer Föderation durchgeführte Enquete habe festgestellt, dass die Durchschnittsziffer des Arbeitslohnes auf diesem Platze zwischen 4 Fr. 50 bis 4 Fr. 75 im Tag schwanke. Nur eine kleine Minderheit erhält 5 bis 7 Fr. dank der Ueberstunden, die eine grosse Uebermüdung und Krankheit zur Folge haben. Bis zu welcher erniedrigenden Sklaverei die Arbeiter der Fabrik Port Brillet gekommen sind, beweist der Lohn von 35 Cts. per Stunde oder 45 Fr. in zwei Wochen. Beim Zahltage flehten die Arbeiter um 3 Fr. Aufbesserung, um imstande zu sein, Kost und Logis zu bezahlen. In den grossen Fabriken, wo Arbeiter massenhaft konzentriert sind, wagen sie die Forderungen energischer zu stellen. *La Bataille Syndicaliste* (7. August 1915) schreibt, dass es den Arbeitern dort gelungen sei, die Lohnaufbesserung von 3 Fr. 75 auf 4 Fr. 20 für einen 10½stündigen Arbeitstag durchzusetzen. Den gelernten Arbeitern, die man von der Front holte, weist man Handlangerarbeit zu mit einem Lohn von 3 Fr. 75, während die Kost allein bis auf 90 Fr. im Monat zu stehen kommt. Die besserbezahlten Stellen werden mit den sogenannten «embusqués» besetzt. Mistral hat in der Deputiertenkammer in seiner Interpellation darauf hingewiesen, dass in den Fabriken in Creusot der Durchschnittslohn im Tag 3 Fr. 90 ausmacht, dass gelernte Arbeiter in Frankreich 50 Cts., Hilfsarbeiter 40 Cts. und Handlanger 30—35 Cts. in der Stunde verdienen, Frauen 15—30 Cts. per Stunde. In derselben Sitzung der Kammer wies der Deputierte Lefevre darauf hin, dass die Flüchtlinge aus den Schächten (der Nordprovinzen) in Chamond 40 Cts. in der Stunde verdienen und ihre Familien nicht zu ernähren imstande sind. Bei einem sehr niedrigen Arbeitslohn, folglich auch einer sehr dürftigen Ernährung und langem Arbeitstag (12 bis 14 Stunden), Nacht- und Feiertagsarbeit, haben sie nur einen freien Sonntag im Monat. Die Uebermüdung der Arbeiter ist eine allgemeine Erscheinung, und darum sind Unfälle sehr häufig. Da die Ausbezahlung von Unfallgeldern den Profit der Unternehmer zu verringern drohte, so beeilte sich der dienstfertige Minister *Millerand*, die Unternehmer von dieser Pflicht zu befreien,

und im Zirkular vom 25. April 1915 hob er die Anwendung des Versicherungsgesetzes von 1898 den mobilisierten Arbeitern gegenüber auf¹⁾. Aber in Frankreich gibt es noch Richter — und einigen verunfallten Mobilisierten gelang es auf gerichtlichem Wege, die Versicherungsprämie zu erhalten. Um aber den Prozess aufzunehmen, muss man viel Energie besitzen und dann erst noch Glück haben, einen Richter zu finden, der dem Ministerzirkular entgegenzuhandeln wagt. Die meisten mobilisierten Arbeiter werden nach den Unglücksfällen ins Militärdepot geschickt. Zwar schreibt die *Bataille Syndicaliste*, dass der neue Munitionsminister, Herr *Thomas*, die Absicht habe, dieses Zirkular aufzuheben. Wir wissen nicht, ob er es schon getan hat, dagegen wissen wir des Bestimmtesten, dass er die Interessen der *Unternehmer* auf das sorgfältigste wahrte. So in seinem Zirkular über die Frauenarbeit, indem er theoretisch für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn anerkennt; er glaubt aber doch, den Umstand nicht vergessen zu sollen, dass bei Anstellung von Frauenarbeitskräften den Unternehmern eine Reihe von neuen Auslagen für technische Hilfsmittel entstehen. Der angebliche sozialistische Minister *Thomas* gestattete die Verwendung von *chinesischen Arbeitskräften*, die man buchstäblich wie Arbeitstiere behandelt. Kurz, die Führer der sozialistischen Partei und gewerkschaftlichen Verbände Frankreichs, indem sie einen heiligen Waffenstillstand mit der Bourgeoisie im Namen des «Befreiungskrieges» schlossen, gelangten bis zur äussersten Grenze der Speichelleckerei vor den herrschenden Klassen, und statt die Führung des proletarischen Klassenkampfes zu übernehmen, tummeln sie sich in den Wandlungen des Ministeriums oder schreiben Klagen an die Minister. Trotz der tiefen Unzufriedenheit der proletarischen Massen, trotz des immer tiefergreifenden Bewusstseins, dass diese Metzerei mit der Befreiung Europas nichts zu tun hat, lässt die Politik ihrer Wortführer den Massenwillen nicht zum Ausdruck kommen.

Ich möchte das Augenmerk des Lesers darauf lenken, dass die Arbeitsrubrik jetzt im offiziellen Organ, in der *Humanité* vollständig fehlt. Ob die Zensur daran schuld ist oder Minister *Thomas*, der beweisen wollte, dass im republikanischen Frankreich, das für die «Befreiung Europas» kämpft, alles in Ordnung und die Arbeiterklasse unter dem heiligen Burgfrieden selig sei? Es ist um so sonderbarer, als sogar der Imperialist *Hyndman* in seiner Zeitung «*The Justice*» den englischen Trades-Unionen den Vorwurf macht, ihre Positionen aufgegeben zu haben, und sie einladet, nach Friedensschluss der Proletarier mit der Waffe in der Hand die Kontrolle über die öffentlichen Angelegenheiten zu verlangen! («I hope and I believe that the millions of hoofs who come back from the war will demand, with arms in their hands, the concrete control of the country for which they and their dead have fought.») Allein bei den französischen Sozialisten von der Sorte eines *Renaudel* mangelte immer das klare Verständnis des Klassenkampfes und seiner revolutionären Ziele — die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Rumänien.

Das Friedensmeeting.*)

von Dr. C. Racovski.

Der Krieg nähert sich.

Die Regierung des Herrn *Bratianu* hat endlich die Maske der neutralisierenden Falschheit abgelegt und hat die letzten Vorbereitungen getroffen. Die Truppenkonzentrationen, die ja nichts anderes sind als eine versteckte Mobilisation, die Requisitionen gewaltiger Mengen von Heu, Getreide, von Tausenden von Pferden und alle anderen Massregeln, die die Militärbehörden *coram publico* treffen, beweisen zur Genüge, dass das Verbrechen ganz nahe bevorsteht.

Bezeichnend ist auch die Aktion der vereinigten Opposition.

Diese hat auf einmal den Kampf gegen die Regierung abgebrochen, hat die Versammlungen eingestellt, die Presskampagne hat aufgehört. Die «*Epoca*» verlangt keine Rechenschaft mehr vom General *Hiescu* über die gewaltigen Diebstähle, die im Kriegsministerium begangen wurden und noch begangen werden. Das filipesianische Organ hat endlich in demjenigen, den die Liberalen als eine Art «zweiten Napoleon» betrachten, einen «der unsrigen» erkannt, einen Anhänger des Krieges, der, wie die ganze Regierung, ebenfalls

*) «*L'Union des ouvriers mécaniciens de la Seine*», 1914.

*) Wir lassen einen Artikel aus der «*Lupta*», dem Zentralorgan der rumänischen Sozialdemokratie, folgen, der unmittelbar vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg geschrieben wurde und so die Stimmung widerspiegelt, die damals herrschte, wie auch die tapferen Haltung unserer rumänischen Genossen beleuchtet.

1) «*La Bataille Syndicaliste*», 5. Februar 1915.

2) «*L'Humanité*», 5. Februar 1916.

3) *ibid.* 28. März 1916.

4) «*La Bataille Syndicaliste*», 10. April 1915.

verpflichtet wurde, die Neutralitätskomödie zu spielen. Die bisher geheimgehaltene Mitarbeit zwischen den verschiedenen «Ligen» und der Regierung geschieht jetzt öffentlich: Der «Adverul» hat sich in ein offizielles Regierungsorgan verwandelt, indem er Communiqués und Dementis veröffentlicht, die wir bisher nur im «Viituro!» zu lesen gewohnt waren.

Es muss aber noch der letzte Vorwand gefunden werden, der die öffentliche Meinung beeinflussen, sie einschüchtern, verwirren soll, ihr darstellen soll, den Krieg nicht als eine verbrecherische Tat, die von der Regierung und der Opposition verurteilt wurde, sondern als etwas, das für die Rettung der Ehre und Integrität des Landes unumgänglich nötig ist, anzusehen.

Da ein solcher Vorwand nicht vorhanden ist, so wird ihn die Regierung erfinden. Aus der engen Zusammenarbeit des Pressbureaus vom Kriegsministerium mit den Zeitungen wird irgendeine völlig erfundene Grenzverletzung erwachsen, ähnlich denen von Flämanda, oder irgendein Luftangriff deutsch-bulgarischer Aeroplane oder aber eine Beleidigung der rumänischen Flagge von seiten der Ungarn. Als letzte Huldigung für den Frieden, als letzten Beweis, dass der Krieg dem rumänischen Volke nicht anders als durch Betrug auferlegt werden kann, werden Regierung und Presse irgendein Attentat erfinden, dass etwa die Spione ihre Hand auf alle Staatsinstitutionen gelegt haben und die Pulvermagazine, das Arsenal, Brücken in die Luft sprengen, Erfindungen, die sie mit ebenderselben Seelenruhe in die Welt setzen werden, wie sie etwa eine Champagnerflasche entkorken.

Die kriegerische Presse hat denn auch schon ihre Kampagne nach dieser Richtung hin begonnen. Alle föderalistischen Blätter sind voll von Geschichten über Spionagetaten. Eines derselben, das Organ der serbischen Gesandtschaft, stellt sogar eine ganze Artikelserie in Aussicht mit sensationellen Enthüllungen über das deutsch-österreichisch-bulgarische Spionagewerk in Rumänien.

Die Erpressungsversuche irgendeines unkorrekten Beamten, die Auskunftstellen, deren sich alle Gesandtschaften — die unsrigen im Ausland inbegriffen — bedienen, alles dies wird der den Russen ergebene Presse als Kern dienen, um den sie sensationelle Romane aufbauen wird, um die öffentliche Meinung zu alarmieren.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass in letzter Stunde irgendein «Komplot» mit Abzweigungen im ganzen Lande entdeckt würde, das den Zweck hätte, den König, die leitenden Staatsmänner usw. zu beseitigen, um einen Bauernaufstand anzuzetteln, damit die Bulgaren und Magyaren über Rumänien herfallen und es zerstückeln können.

Mögen Regierung und Opposition anstiften was sie wollen — der Krieg wird dadurch weder entschuldbarer noch auch populärer werden.

Das rumänische Volk will den Krieg nicht.

Von dieser elementaren Wahrheit könnten sich auch die eifrigsten Kriegshetzer überzeugen, wenn den Kriegshetzern überhaupt darum zu tun wäre, den Willen des Volkes zu befragen.

Von dieser Wahrheit hat sich namentlich die Regierung zur Genüge überzeugen können.

Wenn wir behaupten, dass das rumänische Volk den Krieg nicht will, so meinen wir damit nicht nur die organisierte und unorganisierte rumänische Arbeiterschaft, die an unseren Versammlungen für Frieden und Neutralität sich beteiligt.

Den Krieg wollen auch die Bauernmassen, will auch die rumänische Bourgeoisie nicht.

Den Krieg wollen alle nicht, ob sie nun unserer Bewegung angehören oder dieselbe nicht einmal dem Namen nach kennen.

Ich wiederhole, dass diese Tatsache der Regierung besser bekannt ist als uns allen.

Diese kennt nicht nur die Deprimiertheit in Stadt und Land, sie weiss auch, wie gross die Zahl derer ist, die ihrem Rufe noch nicht gefolgt sind.

Die Regierung weiss noch mehr: Sie weiss, dass viele Soldaten nach Hause gehen, ohne irgendeine Erlaubnis erlangt zu haben, und dass alle Bemühungen der Offiziere, sie durch an den Feiertagen veranstaltete Festlichkeiten, Tänze usw. aufzuhalten, gar nichts helfen. Die Reservisten gehen nach Hause, um die verwahrloste Wirtschaft ein wenig in Ordnung zu bringen. Was für Ordnung können sie jedoch darein bringen, wenn sie zu Hause den unsäglichsten Jammer finden, wenn sie erfahren, dass man ihr Vieh requiriert, ihr Heu weggeführt, ihre Wagen entwendet und ihren kleinen Haushalt gänzlich ruiniert hat?

Es ist eine niederträchtige Lüge zu behaupten, dass das rumänische Volk den Krieg wünscht. Sollte er kommen, so wird er gegen den ausdrücklichen Willen des Volkes geführt werden. Sollte der Krieg kommen, so wird er die empörendste und verbrecherischste Vergewaltigung des Volksgewissens be-

deuten. Das Gewissen des rumänischen Volkes ist für den Frieden, für die Neutralität; dieses Gewissen wird morgen auf unserem grossen Friedensmeeting das Wort führen.

Wenn wir nicht die Macht haben sollten, den Krieg zu verhindern, indem wir seine Urheber und das verteuflerte Schwindelwerk, durch welches das grosse Verbrechen vorbereitet wird, demaskieren, so schmieden wir dennoch für die Zukunft mächtige Waffen zum Kampfe gegen die wirklichen Feinde des rumänischen Volkes.

Und wenn wir vielleicht nicht mehr das Glück haben werden, uns dieser Waffen zu bedienen, so werden unsere Nachkommen uns dankbar sein, dass wir sie für sie vorbereitet und ihnen vererbt haben.

Deshalb rufen wir freudig, voll des Vertrauens in die Zukunft der Sozialdemokratie: Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Friede! Es lebe der internationale Sozialismus!

Die „Befreiung“ Polens durch die Zentralmächte.

An die Arbeiterinternationale!

Von den Händen des erdrosselten, zertretenen, verwüsteten Polens sind die Fesseln gefallen. Der kriegerische Imperialismus hat Serbien in eine Ruine verwandelt, Belgien zertümmert, Rumänien in das blutige Chaos hineingestossen, aus Griechenland einen Fetzen gemacht.

Gleichzeitig stellt er aber nach zwei Jahren des brutalsten Okkupationsregimes auf den Ruinen des grössten Gebietes von Polen, auf den Ruinen von Städten und Dörfern, auf verbrannten Werkstätten der Arbeit, auf den Boden, aus dem das vergossene Blut noch dampft, einen leeren Thronsessel auf, auf den eine gekrönte Puppe gesetzt werden soll.

Die Häuptlinge der militärischen Okkupationsbehörden, Generalgouverneur von Beseler — der «Städtebezwinger», wie ihn der König von Bayern vor kurzem genannt hat — und sein österreichischer Kollege, verkündeten der Bevölkerung beider «Generalgouvernements», dass es der Wille der Hohenzollern und Habsburger sei, Russisch-Polen zur Würde eines *selbständigen Staates mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung* zu erheben. Die Bürgschaften der freien Entwicklung seiner Kräfte soll der neue «unabhängige» Staat — nach den Worten des Manifestes — im «Anschluss an die beiden verbündeten Mächte» finden; nach den Worten Burians im «engern Anschluss an die beiden Zentralmächte, und zwar sowohl in politischer als in militärischer Hinsicht».

Aber das alles bleibt einstweilen nur *Zukunftsmusik*. Nach der übereinstimmenden Erklärung des deutschen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg und des österreichisch-ungarischen Ministers der äussern Angelegenheiten, Burian, «wird das künftige Königreich Polen *selbstverständlich* erst nach dem Friedensschlusse seine volle staatliche Existenz beginnen können». Einstweilen wird die «volle» staatliche Gewalt in den Händen der okkupierenden Mächte bleiben, die vielleicht zur Ausschmückung und um so leichteren Durchführung ihrer wirklichen Pläne eine gewisse Anzahl für diese schändliche Maskerade auserlesener einheimischer Figuranten heranziehen werden.

Ausführbar und greifbar ist heute nur eine Tatsache, die den Kern und Stern des ganzen Unternehmens bildet: die *Rekrutenrazzia*. Die schrecklichen Lücken, die der langandauernde Krieg in dem deutschen und österreichischen, in dem bulgarischen und türkischen Menschenmaterial gerissen hat, sollen *durch polnisches Kanonenfutter* ausgefüllt werden. Der Imperialismus sieht sich gezwungen, schon im Verlauf des Krieges unter Bruch aller Rücksichten auf das Völkerrecht, diesen Bettlerstolz der kapitalistischen Zivilisation, die unterworfenen Länder in Rekrutierungsgebiete zu verwandeln. Unter dem Vorwand der politischen Befreiung wird das Königreich Polen zur Rolle eines *preussisch-österreichischen Senegal* degradiert, das eine Anzahl kolonialer Regimenter zu liefern haben wird. In dieser «eigenen Armee» — sagt das Manifest Beselers — «sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten... fortleben». Aus den historischen Rumpelkammern werden die vermoderten alten Waffenröcke hervorgeholt und zur Massenschlächtereit getriebenen polnischen Bauern und Arbeitern um die Schultern gehängt. Erst wenn neue Tausende polnischer Leichname das Schlachtfeld bedecken, wird die deutsche und österreichische Regierung beschliessen können, welcher der Fürsten aus den Dynastien der Wittelsbacher Koburger oder Wied Platz nehmen soll auf dem neugezimmerten Throne. Selbst die Frage «der genaueren Bestimmung der Grenzen bleibt vorbehalten». In der Dunkelkammer der Diplomatie ist noch nicht bestimmt, welcher Fetzen des Königreichs: ob das Gouvernement Suwalki, das Dombrowaer Kohlenbecken, das Gebiet bis

an die Warthe oder an den Narew direkt abgetrennt und zu Deutschland geschlagen oder dem Zarismus zurückverschachtelt werden soll.

Dieses neue Attentat auf eine der europäischen Nationen versetzt der *Legende* von der *Befreiungsmission* dieses Krieges einen tödlichen Stoss. Gleichzeitig wurde enthüllt, dass der moderne kapitalistische Imperialismus organisch unfähig ist, zu irgendeiner positiven Lösung der verwickelten nationalen Fragen in irgendeinem grösseren historischen Stil.

Die polnische Frage lag nicht im Zentrum eines der grossen Gegensätze, die den heutigen Rotaktosmos erzeugt haben. Der in der heutigen Gesellschaftsordnung unvermeidliche Wettstreit der beiden reichsten und mächtigsten kapitalistischen Staaten Europas — Deutschland und England — wie der mehr lokale Gegensatz der deutschen und russischen Bestrebungen im nahen Osten: sie bilden die wirkliche historische Ursache des heutigen Zusammenpralls. Polen lag eher nur geographisch auf dem Wege des blutigen Ansturmes. Nur die innern Gegensätze des imperialistischen Koalitionskrieges, die Schwierigkeit der Realisierung des vollen Programms der miteinander ringenden imperialistischen Mächte, die selbständige Rolle, die die strategischen Notwendigkeiten des Krieges zu spielen beginnen, nur das alles konnte aus der polnischen Frage ein Kriegsziel zweiten Ranges machen. Wie die Polenfrage vom ersten Kriegstag an nur ein Droh- und Lockmittel der Regierungen war, so trägt auch heute der erste kümmerliche Versuch ihrer konkreten Lösung den Stempel der Puscherei und des schändlichen Betrugs auf der Stirn. Vom ersten Augenblick an wehrten sich beide kämpfenden Lager mit allen Kräften gegen die ernstliche Aufrollung der Polenfrage. Die wirklichen politischen Aspirationen des Zarismus, wie sie ebenso durch den alten feudalen und bürokratischen «Imperialismus» als durch die modernere «Macht-politik repräsentiert sind, gingen in einer ganz anderen Richtung.

Die Mythe von dem zukünftigen befreiten und vereinigten Polen — von den Karpathen bis nach Danzig — war nur eine durch die geographische Lage geborene Ideologie; sie war eine demagogische Mache, eine durch die westeuropäischen demokratischen Regierungen bestellte Ware, die zum Betrug der eigenen Volksmassen und zum Export nach den Balkanländern und in die neutralen Staaten benötigt wurde. Aber schon die Aussicht auf eine teilweise Realisierung der Autonomie der polnischen Gebiete reduzierte in den Augen der parasitären Schichten Russlands den Wert der eventuellen Expansion nach dem Westen erheblich. Nach der Eroberung Ostgaliziens, dieses, wie sich der damalige russische Ministerpräsident Goremykin ausdrückte, «letzten Kleinods, das der Zarenkrone fehlte», erstrahlte die wirkliche Physiognomie des Zarismus in ihrem Verhältnis zu den unterdrückten Völkern in voller Pracht. Erst als sie das Königreich Polen fast ganz verloren hatte, erst unter den Hieben der Niederlagen presste die russische Bureaukratie das Versprechen der Autonomie Polens aus sich heraus: damals schon in partibus in fidelium, die Autonomie der Gebiete, die ihr nicht mehr gehörten. Selbst das viel später eröffnete Wettrennen — des abtostenden Komödiencharakters nicht bar —, das Wettrennen, wer als erster Polen mit der Freiheit beglücke, konnte den Zarismus zu keinen konkreten Massregeln anspornen. Der deutsche Wettläufer war als erster am Ziel.

Diese Niederlage bedeutet eine *flagrante Kompromittierung* nicht so sehr des Zarismus, der seiner schwerfälligen Logik treu blieb, als der mit ihm verbündeten beiden grossen europäischen Demokratien. In schreiender Form wurde die Ohnmacht der bürgerlichen Republik Frankreich enthüllt, in deren Regierung drei sozialistische Minister sitzen, ebenso wie der Kumpanei der liberalen Renegaten, die heute England beherrschen, in ihrer vollkommenen Ohnmacht gegenüber dem zarischen Bundesgenossen. Von nun an wird es jedem klar sein, dass die Grundlage ihres Bündnisses die nackte brutale Staatsräson bildet, entblösst von allem Flitter einer allgemeinen europäischen Phraseologie.

Erst nach langem Schwanken, nach einer Periode der Reibungen zwischen Deutschland und Oesterreich, entschlossen sich beide Regierungen zum jetzigen Versuch der Lösung der Polenfrage zu ihren Gunsten. Die *Hauptfront des imperialistischen Deutschlands* ist in der heutigen historischen Epoche nicht gegen den Ostnachbar, sondern gegen das britische Weltreich gerichtet. Die territorialen Gelüste derjenigen Schichten, die bisher in Deutschland die faktischen Träger der Macht waren, der Schichten, die in jeder modernen Gesellschaft die Klassengrundlage des Imperialismus bilden, wandten sich im Laufe dieses Krieges mit grösserer Kraft dem Westen wie dem Osten zu. Der grundlegende politische Ge-

danke dieser Schichten bildete das Bestreben zur Sprengung des heutigen Systems der diplomatischen Allianzen, zur Wiedereinbeziehung Russlands in die Sphäre der deutschen Einflüsse. Der Widerstand gegen die Aufrollung der Polenfrage, die Aufrechterhaltung der Teilung und Unterdrückung Polens bildete das traditionelle Dogma der preussisch-deutschen Staatsräson, der Strategie und Politik von Friederich und Clausewitz, über Bismarck und Bülow bis zu den heutigen Vertretern der antipolnischen Politik. Diese Haltung war bestimmt durch die geographische Lage Preussens im Herzen Europas, durch die Rücksichten der kontinentalen Politik, die Notwendigkeit der Sicherung der ungünstigen strategischen Staatsgrenze mittelst der Sicherstellung der polnischen Grenzmark.

Dieser geschichtlichen Wahrheit gab Zeugnis der jetzige Reichskanzler, indem er öffentlich am 5. April dieses Jahres im Parlament erklärte, dass es nicht in den Absichten der Zentralmächte lag, die polnische Frage zu restituieren, dass sie dazu nur durch die Situation, wie sie sich im Laufe des Krieges entwickelt hat, genötigt werden könnten.

Welches Moment war es, das ihnen den Entschluss aufdrängte? Man griff zur Polenfrage im Augenblick, in dem sich die *Tendenzen zur Annäherung an Russland* mit besonderer Kraft bemerkbar machten, indem die Gefahr des Wirtschaftskrieges seitens England die deutsche Regierung mit besonderer Kraft in die Arme Russlands treibt.

Unter diesen Bedingungen kann die Bildung eines polnischen Albanien an der Grenze Deutschlands in *keinem Falle als das letzte Wort* der deutschen Diplomatie in der polnischen Frage gelten. Die Bildung dieses Zwitterstaates kann ebensogut ein Resultat der enttäuschten Hoffnungen auf den Frieden mit Russland wie auch eine letzte Warnung an seine Adresse sein, oder ein Versuch der diplomatischen Chantage, ein Versuch, schliesslich im schlechtesten Falle Russland das Kuckucksei eines durch Deutschland «befreiten» Polens zuzuschicken. So ist die Proklamierung des «unabhängigen» Polens einstweilen ein *Abenteuer*, das jedoch der preussisch-österreichischen Diplomatie die letzten Rückzugswege keinesfalls versperrt.

Nur der Drang nach der Entscheidung, die Unmöglichkeit der Niederringung des Hauptgegners, der Bankrott des Hauptplans, Russland aus dem Ring der Ententemächte hinauszustossen, nur das wachsende Gewicht der rein strategischen Momente kann den Annexions- und Befreiungsexperimenten an der Ostgrenze Deutschlands eine festere Basis geben. Einstweilen handelt es sich um den Rekrutenfang. Die «Befreiung Polens» bleibt ein blutiger Hohn.

Das Manifest, das Polen «befreit», verschweigt vollkommen die Geschichte der polnischen Bevölkerung, die in *Preussisch-Polen* dem zügellosen Germanisierungssystem ausgeliefert ist: die Regierungsauslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung stellt nur die unauf löbliche Zugehörigkeit der preussischen Polen zum preussischen Staate fest. Auch *Galizien* wurde dem projektierten Staate nicht einverleibt: es soll in ein österreichisches Kroatien verwandelt werden, in ein Banat an Oesterreichs Grenzen. Man überlässt das durch den Krieg und die Invasion verwüstete Land den eigenen Geschicken, man drängt es aus dem Reichsparlament heraus, um die Bezwingung der Tschechen durch die deutsche Mehrheit Oesterreichs zu erleichtern.

So entschied über die Geschichte Polens die militärisch-bureaukratische Clique, nachdem sie am Tage vor ihrem Akt den Reichstag nach Hause geschickt hatte. Ein *Werk des rücksichtslosen Autokratismus* gegenüber dem deutschen Volke nannte diesen Entscheid die deutsche konservative Partei. Was war er dann im Verhältnis zur polnischen Bevölkerung? Wer aus ihren Reihen wurde um seine Meinung befragt? Von der Arbeiterklasse, von den breiten Volksmassen erübrigt es sich hier, etwas zu sagen. Die hielt die Militärdiktatur in eisernen Klauen. Wir stellen aber fest, dass selbst unter den besitzenden Klassen Polens die abenteuerliche Improvisation der preussisch-österreichischen Konquistadoren Unterstützung bei keiner bedeutenden Schicht, keiner bedeutenden Partei fand. Die spärlichen Kreise, die heute den Bethmann und Hindenburg die polnischen Rekruten zutreiben, die sich vor ihnen als «Vertreter der gesamten polnischen Nation» aufspielen, sie sind ein elender Mischmasch von preussischen Regierungsagenten, unzurechnungsfähigen politischen Freischärlern und Gernegrossen, Abenteurern und Strebern, die ihren ganzen Einfluss nur dem Techtelmechtel mit den Okkupationsbehörden zu verdanken haben. *Es bleibt dabei: die nackte Gewalt, das ist die einzige Grundlage des Befreiungswerkes.*

Für diese neue zynische Gewalttat ist das gesamte System der imperialistischen Politik verantwortlich, die der moderne Kapitalismus geboren hat. Verantwortlich sind alle die, die zum Kriege gehetzt haben und die ihn heute unterstützen. Verantwortlich sind die in Deutschland und Oesterreich regierenden militärischen Cliques, die mit räuberischer Rücksichtslosigkeit die Geschicke der schwächeren Völker den Interessen des Imperialismus unterordnen. Verantwortlich ist zusammen mit ihnen *der offizielle deutsche und österreichische Sozialismus*, der durch seine Politik des Beitritts zur «Vaterlandsverteidigung», zum «Burgfrieden» die Arbeiterklasse zur völligen Ohnmacht verurteilt, um in der Person seiner konsequentesten Vertreter sich vollkommen mit den Kriegszielen der besitzenden Klassen zu solidarisieren. Der Führer der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie durfte im Parlament feierlich seinen Segen zur «Befreiung» Polens durch die preussischen Bajonette erteilen. Aber auch die sozialistische Minderheit vermochte sich zu einer rücksichtslosen Denunzierung dieses seit langer Zeit abgekarteten Komplotts, zur öffentlichen Geißelung der Verbrecher, die am arbeitenden Volke im okkupierten Lande täglich vollbracht werden, nicht aufzuschwingen. Der offizielle österreichische Sozialismus, der sich mit dem imperialistischen Krieg ausgesöhnt hat, der hineinwuchs in die nationalistische Politik der in Oesterreich herrschenden Bourgeoisie, stimmte im voraus dem Ausschluss des verwüsteten Galiziens aus Zisleithanien zu. Unter moralischer Mithilfe des österreichischen Sozialismus sollen neue Kordons das Reich in Länder, in denen die Uebermacht einer herrschenden Bourgeoisie verankert werden soll und in ausgebeutete Grenzmarkenkolonien, teilen.

Verantwortlich sind für dieses Unternehmen die *polnischen besitzenden Klassen*. Auch für sie wurde der Krieg, was er für alle herrschenden Schichten der kapitalistischen Staaten ist: die Fortsetzung der Politik, nur mit anderen Mitteln. Durch die Fessel der gemeinsamen Bestrebungen und Interessen mit der dominierenden Bourgeoisie verbunden, arbeiteten die polnischen besitzenden Klassen an der Entfaltung des Weltbrandes mit. Nach dem Kriegsausbruch stellten sie die aktivsten Verbreiter der betrügerischen Befreiungslegenden. Sie suchten den Massen den Glauben einzupflanzen, dass die Teilnahme am imperialistischen Krieg, sei es auf seiten des Zarismus, sei es an der Seite der Zentralmächte, der Weg zur Freiheit und Wiedervereinigung Polens sei. Weder der Zusammenbruch ihrer Hoffnungen und Berechnungen, noch der entsetzliche Ruin des Landes, noch der Exodus der polnischen Volksmassen, nichts konnte und kann ihre Politik des programmatischen Servilismus abschwächen, bis die Stunde kommt, wo sie dauernd die Macht der vollzogenen Tatsachen an einen anderen Klassenstaat ketten wird. Selbst die politische Vertretung der polnischen besitzenden Klassen in Preussen, dem Lande der konsequentesten antipolnischen Politik, schreckte nicht zurück vor der Finanzierung des Krieges.

Die imperialistische Wirklichkeit narrete auch gründlich die bis ins Mark degenerierten *galizischen Sozialpatrioten*. Sie dachten nicht, dass damit im dritten Kriegsjahr der politische Ausschank des polnischen Blutes enden wird. Sie ahnten nicht ein solches Finale der irredentistischen Fastnacht, die sie gemeinsam mit den politischen Schacherern aus dem Schlachzizenlager inszeniert haben. Wir überlassen es den Abenteurern des nationalen Lagers, ihren Trabanten und Opfern, Tränen über die zermalzten Hoffnungen zu vergiessen. Wir internationalen Sozialdemokraten Polens bauten unsere Hoffnungen einzig und allein auf die revolutionären und sozialen Aenderungen, die der heutige Weltkrieg und die ganze ihm nachfolgende Epoche nach sich ziehen wird. Für keinen Augenblick liess sich das polnische Proletariat irreführen durch die sinnlose Legende von der Befreierrolle des Imperialismus. Die «hochherzigen Wohltaten» der koalitierten Regierungen Deutschlands und Oesterreichs wecken in ihm nicht um einen Deut mehr Vertrauen als die betrügerischen Verheissungen des Zarismus, mit dem das Proletariat hartnäckig bis zum Augenblick kämpfte, wo er vor den Heeren aus Polen flüchtete. Durch ihre ganze, mit eisernem Trotz unter den schrecklichsten Bedingungen weitergeführte Tätigkeit, durch ihren Kampf in öffentlichen Versammlungen, in der Presse, in den Arbeiterorganisationen und den Kommunen bezeugte die polnische Arbeiterklasse ihren unleugbaren Antagonismus zum imperialistischen Krieg, ihren unerschütterlichen Glauben an die Unvermeidbarkeit des revolutionären Wiedererwachens der internationalen Arbeiterbewegung.

In der Aera des entfesselten Imperialismus sichert kein Staatensystem die Interessen des Proletariats, kann der Staatenbau kein Ziel seines Klassenkampfes sein. Vor unseren Augen verblutet das Proletariat der Grossstaaten, denen ihre wirtschaftliche und militärische Macht die Möglichkeit gab, die Welt in das furchtbare Chaos hinunterzustürzen. Vor unseren Augen zertrat der Stiefel der Soldateska die kleinen Staaten einen nach dem andern, vernichtete ihre Selbständigkeit und verwandelte sie in Trümmerhaufen.

Der historische Prozess, welcher die Gebiete des alten Europas, gleich den andern Weltteilen, in ein Netz von Einflusssphären einer geringen Anzahl dominierender Grossstaaten verwandelt, erfuhr durch den Weltkrieg eine gewaltige Förderung. In seinem Raubzug beutet der Imperialismus die nationalen Bestrebungen der schwächeren Völker aus oder zerritt sie unbarmherzig, je nach den Erfordernissen seiner eigenen Interessen.

Im Angesicht dieser Wirklichkeit erscheint es als eine erniedrigende Farce, wenn Sozialpatrioten und Sozialpazifisten sich miteinander hinsetzen wollen, um ihr eigenes «Friedensprogramm» zu entwerfen und Europa in souveräne Gross- und Kleinstaaten zu zerschneiden und zu zerstückeln gemäss dem folgerichtigen Nationalitätenprinzip.

Die politischen Ereignisse, die sich heute auf polnischem Boden abspielen, finden das Proletariat im Zustand der vollkommenen Ohnmacht: das Land unter der Soldaten Faust, ausgeplündert durch die Armeen beider Staaten, zwei Jahre Hunger, die Verwüstung der Industriezentren, die Verzettlung der Arbeiterklasse vom Ural bis nach Westfalen, die Ergänzung der dreimaligen russischen Rekrutenpressung durch die bevorstehende deutsche. Erlahmt ist der Arm, der im heutigen Augenblick dem deutschen Imperialismus mit Kraft widerstehen könnte.

Das ist der heutige Tag. Aufgeschlagen ist aber ein neues Blatt im Buch der Geschichte. Der europäische Imperialismus rief die Geister, deren er nicht Herr werden kann, er unterminierte alle sozialen, ökonomischen und politischen Grundlagen des europäischen status quo. Die alte kapitalistische Welt ist aus den Fugen gegangen und keine Kraft wird sie wieder einrenken. Keine der grossen Fragen des heutigen Europas ist durch den Krieg gelöst worden. Die Verwüstung ungeheurer wirtschaftlicher Werte, die gleichzeitig in revolutionärem Tempo vor sich gehende Konzentration des Kapitals, die ungeheuren Lasten, die dieser Krieg als unabwäzbares Erbe hinterlässt, die ökonomische und politische Vertrustung Europas, die Herrschaft des nackten imperialistischen Faustrechts — dies alles ist ein Beweis, dass der Weltkrieg nur ein Vorspiel zur anbrechenden Aera der grössten inneren und äusseren Verwicklungen, der tiefsten sozialen Erschütterungen ist. *Wir treten in das historische Zeitalter des Kampfes um den Sozialismus ein*. Auf dem Boden dieser revolutionären Zukunft Europas und der Welt baut das Proletariat Polens das Gerüst seiner Hoffnung. Nur die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft der Ausbeutung und Unterdrückung wird dem polnischen Volke wie allen andern die Befreiung bringen.

Das neue Blatt der Leiden der polnischen Arbeiterklasse wird in das Geschichtsbuch des internationalen Proletariats eingetragen. Möge es einen neuen Ansporn bilden zum Vergeltungskampf, zum Kampf auf Leben und Tod mit dem völkermörderischen Kapitalismus.

Die auswärtigen Vertretungen des Hauptvorstandes und des Landesvorstandes der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und des Zentralkomitees der Polnischen Sozialistischen Partei.

Die „Befreiung“ Polens.

Das Novembermanifest der Zentralmächte verkündet die Unabhängigkeit Polens, das aus entrissenen Landesteilen Russlands gebildet werden soll. Das «freie» Polen entsteht im blutigen Feuerscheine des Weltkrieges, im Zeichen imperialistischer Annexionen.

Die Unabhängigkeit des neuen polnischen Staates trägt von Anfang an, schon im Stadium seiner Verkündung, den Stempel eines gemeinen, unverhüllten Betrugs. Polen wird sich den Zentralmächten «anschiessen» müssen. Die Art und Weise dieses «Anschlusses» ist so unklar angedeutet, dass darunter alle Abstufungen der Abhängigkeit und auch ein Vasallenverhältnis mit inbegriffen sind.

Der enge Anschluss Polens an die Zentralmächte, der durch das Novembermanifest hervorgehoben wird, macht auch eine Einmischung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns — vor allem Deutschlands, dem ein Löwenanteil an der Macht über Polen anheimfallen wird — in die inneren Verhältnisse des Landes möglich. Die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Fesseln, in die das Land geschlagen werden wird, lassen daher auch seine innere Bewegungsfreiheit als höchst illusorisch erscheinen.

Ein grösseres oder minderes Mass der Versklavung des polnischen Staates durch die Zentralmächte ist unvermeidlich. Dieser Staat wird den Polen dargebracht auf der Spitze des Schwertes der Zentralmächte, die dabei ausschliesslich ihre egoistischen Ziele verfolgen, was sie auch nicht als notwendig

crachten, es zu verhehlen. Und wenn in der heutigen Epoche des Imperialismus die bestehenden kleineren Staaten immer mehr und mehr den imperialistischen Kolossen in Abhängigkeit verfallen, so kann um so weniger die Rede sein von einer Unabhängigkeit eines neuen Staates, der durch die Gunst imperialistischer Mächte zur Welt kommt.

Der polnische Staat entsteht aus dem Zusammenprall des deutschen Imperialismus mit dem russischen. Deutschland braucht Polen als Stützpunkt gegen den erstarkenden Imperialismus Russlands, der der imperialistischen Entwicklung Deutschlands gefährlich werden kann, sobald er seine heutige primitive Form von sich abstreift. Die Geschicke des polnischen Staates sind vom weitem Gang des Krieges abhängig und vom Kräfteverhältnis der Kriegskoalitionen zum Zeitpunkt des Friedensschlusses.

Wenn aber auch der polnische Staat vorläufig ein blosses Versprechen bleibt, dessen Verwirklichung an allerhand problematische Umstände geknüpft ist, bildet immerhin das Novembermanifest ein geschichtlich wichtiges Ereignis, das sich tief in die internationalen Beziehungen sowie auch in die innern Verhältnisse Polens selbst einschneidet, und zu dieser politischen Tatsache hat das Proletariat seinerseits Stellung zu nehmen.

Die Sozialdemokratie kann das Novembermanifest nur ganz entschieden verurteilen als einen Versuch einer imperialistisch-militaristischen Lösung der polnischen Frage. Dem polnischen Volke bringt der Novemberakt weder nationale Vereinigung noch nationale Befreiung, Polen gibt er weder eine unabhängige Existenz noch eine mehr oder minder befriedigende und feste Grundlage zu einer demokratischen Neuordnung und einer ungehemmten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Völker Polens erhalten keine Freiheit, über ihr Geschick zu verfügen und aus eigenen Kräften die akut gewordenen und dringend ihrer Lösung harrenden Fragen ihrer gegenseitigen Beziehungen zu entscheiden.

Zu alledem schafft das Novembermanifest eine Lage, die sich als unheilvoll erweisen kann für den internationalen Frieden nach Abschluss des gegenwärtigen Krieges. Der entstehende polnische Staat ist von Anfang an ein Spielball in den Händen der imperialistischen Kolosse und kann sich zu einem Neste von Intrigen und Ränken der kapitalistischen Regierungen herausbilden, zu einem Herde, an welchem neue internationale Konflikte entstehen werden.

Auf diese Weise bringt die Zwitterbildung des polnischen Staates, der durch die selbstsüchtigen Pläne der Zentralmächte zur Welt kommt, keine Lösung, sondern vielmehr neue Verwicklungen und schafft einen Boden ständiger Gärungen und äusserer wie innerer Konflikte.

Das Proletariat hat nicht den mindesten Grund, den Novemberakt zu begrüssen. Die Befreiung eines Volkes kann nur durch dieses selbst vollbracht werden, sie kann ihm von aussen als Geschenk imperialistischer Befreier nicht dargebracht werden. Ein derartiges Geschenk bringt immer schwere Ketten mit sich.

Sollte aber der angekündigte polnische Staat in Wirklichkeit entstehen, wird das Proletariat Polens einen entschiedenen Kampf einleiten müssen, um seine grösstmögliche Demokratisierung und Selbständigkeit zu erzwingen.

Unter den Fragen der innern Einordnung Polens, die das Proletariat in erster Linie zu lösen haben wird, ist eine der wichtigsten — die Beseitigung der nationalen Konflikte, vor allem die Regelung der jüdisch-polnischen Beziehungen.

Die Judenfrage, die als Alldruck auf dem gesellschaftlich-politischen Leben Polens lastet, findet nicht nur ihre Lösung durch die angekündigte Gründung des polnischen Staates nicht, es sind vielmehr alle Anzeichen dafür vorhanden, dass diese Frage einer weiteren Verschärfung entgegengeht. Wenn die polnischen herrschenden Klassen jetzt, wo ihnen ein gefügiger Staatsapparat noch nicht zur Seite steht, ihre Macht in der Kommunalverwaltung dahin ausnützen, eine Politik systematischer Unterdrückung der Juden durchzuführen, so ist mit Sicherheit zu erwarten, dass diese Politik in dem von den Zentralmächten begründeten polnischen Staate sich noch mehr verschärfen wird, sobald der polnischen Bourgeoisie eine eigene Staatsmaschine zur Verfügung stehen wird. Das jüdische Proletariat Polens hat allen Grund zu befürchten, dass die antisemitischen Cliquen Polens, die auf ihre Fahne die Nationalisierung des gesamten öffentlichen Lebens Polens und die allseitige Bekämpfung der «jüdischen Gefahr» geschrieben haben, sobald sie an das Ruder der Regierungsgewalt gelangt sind, den Staatsapparat dazu verwenden werden, die Juden gewaltsam aus ihren wirtschaftlichen Positionen zu verdrängen sowie auch die jüdische Sprache und Kultur unnahezu vollständig zu unterdrücken.

Das Proletariat Polens wird all seine Kräfte einsetzen müssen, um der erwähnten Gefahr vorzubeugen und um zu verhindern, dass der nationalen Frage, vor allem der Judenfrage, im Leben des polnischen Staates nicht dieselbe verhängnisvolle Rolle anheimfällt, die dieser in der Politik Russlands zuteil geworden ist. Das Proletariat Polens wird die Forde-

rung erheben müssen, sowohl auf Grund der allgemeinen Verfassung als auch mittels Errichtung spezieller Institutionen, die Rechte der nationalen Minderheiten zu schützen, und wird dafür mit aller Energie und Entschiedenheit sich einstellen müssen.

Selbstverständlich löst die nationale Autonomie auch auf der Grundlage weitester Demokratisierung des Staatswesens nicht restlos die Nationalitätenfrage innerhalb des heutigen Staates, sie ist aber in der durch Klassegegensätze entzweiten Gesellschaft die höchste Garantie eines friedlichen Zusammenlebens der Nationen und der Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung. Die volle Befreiung der Nationen wird nur der endgültige Sieg des Sozialismus mit sich bringen.

Dezember 1916.

*Auslandskomitee des Allgem. Jüdischen Arbeiterbundes
in Litauen, Polen und Russland («Bund»).*

Portugal.

Auf indirektem Wege schreibt man uns aus Portugal:

Nichts ist in diesen kriegerischen Zeiten ekelhafter, als wenn Feiglinge den Krieg predigen. Ganz kürzlich erhielten wir in Portugal den Besuch eines kleinmütigen Kataloniers, Redakteur an der «Humanité», der sich als Sozialist ausgibt, geschickt (man kann leicht erraten von wem), um die Sympathien des portugiesischen Volkes zugunsten der Alliierten zu gewinnen. Er hat die gleiche Mission mit demselben Erfolge auch in Spanien ausgeführt. Dies ist seine ganze Kriegskontribution. Und während er die Geister zum Morden anspornt, spaziert er gemütlich auf den Boulevards von Paris herum, ist gut bezahlt, gut logiert und glücklich wie kaum ein zweiter. Als er einsah, dass die portugiesischen Sozialisten als wahre Internationalisten gegen den Krieg sind und dass sie infolgedessen wenig geneigt seien, seine uneigennütigen Ratschläge zugunsten des «Rechts» und der «Gerechtigkeit» zu befolgen, ist er in das Lager unserer republikanisch-bürgerlichen und freimaurerischen Feinde übergegangen, indem er sehr ruhmvolle Empfehlungsbriefe vorwies, die im M. Magalhaes Lima, einer der in Paris wohnenden Führer der portugiesischen Freimaurer, übergeben hatte. Somit hat er sich vollständig unseren ärgsten Reaktionen hingegeben. Es ist überflüssig zu sagen, dass man ihn herrlich bewirtet und gefeiert hat. Man hat ihn sogar auf den Waffenplatz von Tancos geführt, wo die portugiesischen Proletarier zum Mordhandwerk ausgebildet werden. Unser «Genosse», der leicht zu befriedigen ist, hat die Schönheiten der Landschaft und die hygienischen Verhältnisse des Waffenplatzes besungen. Er hat sich sogar mit «mehreren» Soldaten unterhalten, und alle, sagt er, haben den Wunsch ausgesprochen, bald an der Seite der alliierten Brüder kämpfen zu können. Wir wissen ja ganz genau, welche Bewandnis es mit diesen mehreren Soldaten hat, die auserwählt wurden, um unter den Augen ihrer Offiziere zu sprechen, und wir sind ebenfalls auf dem laufenden in bezug auf die Begeisterung der Proletarier, sich für etwas, das sie nichts angeht, die Haut durchlöchern zu lassen.

Der hervorragendste katalonische «Sozialdemokrat» statete hierauf dem portugiesischen Kriegsminister, Herrn Norton de Mattos, der «englischen Marionette», wie man ihn hier nennt, einen Besuch ab, und er fand ihn bescheiden und intelligent.

Er liess sich die von den Portugiesen gegen ihre Feinde anzuwendende Strategie erklären. Nach Paris zurückgekehrt, den Magen verdorben von den vielen Banketten und feinen Weinen, das Denkvermögen abgeschwächt, schrieb er einen Artikel in die «Humanité», betitelt «Die portugiesische Meinung und der Krieg», in welchem er, nach einer Lobhudelei auf die bürgerlichen Republikaner und Freimaurer, die alle für die «Sache des Rechts und der Gerechtigkeit» gewonnen sind, die portugiesische sozialdemokratische Partei angriff — denn sie ist gegen den Krieg und hat sich der Zimmerwalder Aktion angeschlossen —, indem er behauptete, die portugiesischen Sozialdemokraten seien gegen den Krieg, weil die Partei schwach und schlecht organisiert sei.

An der denkwürdigen Sitzung des portugiesischen Parlaments vom 7. August 1916, an welcher die Entsendung von Truppen auf den westlichen Kriegsschauplatz beschlossen wurde, stimmte ein einziger Abgeordneter gegen diesen Beschluss, und zwar der sozialdemokratische Abgeordnete von Porto, Dr. Costa junior. Bei der Abstimmung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete, dass die Kriegspolitik der Regierung nicht die vom portugiesischen Volk gewünschte Politik sei. Er machte sich über die Regierung lustig, weil sie am 9. März 1916 gesagt hätte, die beschlagnahmten deutschen Schiffe seien ausschliesslich für Portugal bestimmt.

währenddem England jetzt einen Teil davon beanspruche. Er protestierte auch gegen die ruinösen Krieganleihen, die von der Regierung gemacht werden, ohne sich um die Zukunft zu kümmern. Aus all diesen sowie noch andern Gründen kann das portugiesische Proletariat der republikanisch-bürgerlichen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen.

Das ist die wirkliche Haltung des portugiesischen Proletariats gegenüber dem Krieg.

Zur Konferenz der Neutralen.

Das Auswärtige Sekretariat des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands hat an die Haager Konferenz der Neutralen, die auf den 31. Juli 1916 vom I. S. B. einberufen wurde, folgendes Schreiben gerichtet:

«An die sozialistische internationale Konferenz im Haag.

Werte Genossen!

Wir senden euch unsere wärmsten Grüsse und wünschen euren Bestrebungen den Erfolg, die Hindernisse, die noch bis jetzt auf dem Wege der Wiederherstellung der vom Kriege zerstörten Arbeiterinternationalen bestehen, zu beseitigen.

Verhältnisse, die sich stärker erwiesen als die Ansichten einzelner leitender Gruppen der sozialistischen Gemeinschaft, haben die Genossen aus dem Exekutivkomitee doch endlich veranlasst, diese Konferenz einzuberufen. Bereits vor mehr als einem Jahre hat die sozialistische Partei Italiens, die sich während der ganzen Dauer des Krieges so viel Mühe gab, den stolzen Bau unserer Internationalen vor dem Zusammenbruch zu retten, das Exekutivkomitee zu diesem Schritte aufgefordert. Gemäss dem zu Beginn 1915 gefassten Beschlusse, schlug der Vorstand der italienischen Partei dem Exekutivkomitee vor, dass, falls es sich für die Einberufung einer Plenarsitzung des Internationalen Bureaus nicht entschliessen könne, es wenigstens die Vertreter aller sozialistischen Parteien der neutralen Länder zu einer Beratung über die Mittel und Wege zur Wiederherstellung der Aktion der ganzen Internationalen einlade. Eine solche Konferenz würde dadurch einen offiziellen Charakter und eine entsprechende Autorität gewinnen, dass sie unter dem Vorsitz des Exekutivkomitees stattgefunden hätte.

Die kategorische Weigerung des Exekutivkomitees, diesem Anerbieten der italienischen Genossen entgegenzukommen, gab der italienischen Bruderpartei bekanntlich den letzten Anstoss, andere Wege zur Wiederaufnahme der internationalen Aktion zu suchen. Auf diese Weise ist die *Zimmerwalder-Konferenz* zustande gekommen. Als Vertreter einer der Organisationen, die von Anfang an die Bestrebungen der italienischen Genossen in dieser Richtung unterstützt hatten, und als Teilnehmer der Zimmerwalder Konferenz, halten wir es für wichtig, die im Haag versammelten Genossen an diesen Tatsachenzusammenhang zu erinnern, da bereits manche Versuche unternommen worden sind, die jetzige Konferenz der Sozialisten der neutralen Länder für die Bekämpfung oder Diskreditierung der internationalen Aktion auszuspielen, die die Zimmerwalder Konferenz eingeleitet hat.

Als Vertreter einer der sozialistischen Organisationen der kriegführenden Länder, die trotz allem die durch den Krieg zerrissenen Bande unter sich wieder angeknüpft haben und sich bemühen, schon gegenwärtig, mitten im Weltbrande, die Einheitlichkeit der Aktion des sozialistischen Proletariats, wenn auch in bescheidenem Umfange, zu verwirklichen, wenden wir uns an die im Haag versammelten Genossen, die nicht unmittelbar in den Kriegsturm hineingerissen worden sind. Wir drücken unsere Hoffnung aus, dass ihr, Genossen, die an die bisherige Politik der zentralen Organisation der Internationalen nicht gebunden seid, alle Anstrengungen macht, um das bereits Versäumte nachzuholen; wir hoffen, dass ihr durch eure Beschlüsse die Ueberwindung unserer schweren Krise erleichtern werdet.

Diese Ueberwindung kann allein, wir sind dessen sicher, durch die blosse Formulierung jener Friedensbedingungen, die vom Standpunkte der Interessen des internationalen Proletariats wünschenswert wären, nicht erreicht werden. Denn die Krise des Sozialismus selbst hat an den Ansichten der Mehrheit der Sozialisten über die vom Standpunkt dieser Interessen erwünschten Beziehungen zwischen den Nationen und Staaten nichts geändert. Die Sozialisten der kriegführenden Länder sind, mit wenigen Ausnahmen, in bezug auf die prinzipielle Ablehnung der Annexionen gegen den Willen der Bevölkerung, in der prinzipiellen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, in der Ablehnung der Unterdrückung der schwachen Völker durch die starken, unter sich einig. Und wenn trotzdem die Krise fortdauert und indem sie die Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung gänzlich lahmlegt, so geschieht das in erster Linie aus dem

Grunde, weil zwischen den sozialistischen Parteien verschiedener Länder sowie auch innerhalb der einzelnen Parteien tiefgehende Differenzen in der Frage herrschen, *welche Wege* das Proletariat einzuschlagen habe, um auf den zum künftigen Frieden führenden Gang der Ereignisse einen realen Einfluss ausüben zu können.

Soll man zu diesem Zweck Hand in Hand mit den herrschenden Klassen des eigenen Landes gehen und folglich deren Politik in dem Kriege in grösserem oder geringerem Masse unterstützen, ihnen allein das Schicksal des künftigen Friedens anvertrauen, oder die Kräfte der Sozialisten der beiden feindlichen Lager und der der neutralen Länder koordinieren zu dem Zwecke, als eine dritte selbständige Macht auf die Ereignisse im Interesse des Proletariats und der Demokratie einzuwirken, dies ist die Frage, die gegenwärtig das Weltproletariat am tiefsten spaltet.

Der erstere Weg, den die Mehrheit der sozialistischen Parteien seit zwei Jahren eingeschlagen hatte, schuf eine Lage, als deren äusseres Symptom die gegenwärtige Konferenz erscheint, nämlich die Unmöglichkeit, ihre Vertreter auch nur zusammenkommen zu lassen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion zu erörtern. Dieser Weg macht eine solche Zusammenkunft *politisch* unmöglich, insofern er die sozialistischen Parteien einzelner Länder zwingt, die Frage über das Zusammenwirken mit den Sozialisten des Feindeslandes von den jeweiligen Plänen ihrer Regierungen und von der öffentlichen Meinung der bürgerlichen Klassen ihres Landes abhängig zu machen; er macht eine solche Zusammenkunft aber auch *psychologisch* unmöglich, indem er jene gegenseitige Erbitterung und jenes Misstrauen der Parteiführer gegeneinander schuf, die in jedem der Annäherung entgegenkommenden Akt tückische Ränke von seiten jener Regierung des feindlichen Landes zu erblicken bereit sind, mit der seine Sozialisten sich politisch solidarisieren. Aber diese politischen und psychologischen Folgen einer Sachlage, die durch die zwei Jahre des Burgfriedens geschaffen worden ist, würde, solange diese Lage währt, auch die propagandistische Wirkung eurer Beschlüsse über die Frage der wünschenswerten Friedensbedingungen problematisch machen, welche offenbar das Exekutivkomitee in Aussicht hatte, indem es diese Frage auf die Tagesordnung setzte. Wie einig im Prinzip die übergrosse Mehrheit der Sozialisten über das Selbstbestimmungsrecht und die Ablehnung der Methoden der kapitalistischen, auf Raub und Vergewaltigung sich stützenden Politik auch sein mag, hat die Logik der politischen Lage die vom Burgfrieden gebundenen sozialistischen Parteien ihrer Urteils- und Aktionsfreiheit beraubt, sobald man über den Rahmen allgemeiner, abstrakter Formeln hinausgeht. Die Frage der Bedingungen des künftigen Friedens ist vor allem eine Frage des Schicksals einer ganzen langen Reihe von Völkern, deren Zukunft auf den Schlachtfeldern entschieden wird. Und da die Regierungen der beiden sich bekriegenden Koalitionen in diesem Kriege vor allem ihre früheren Annexionen verteidigen und für Zwecke kämpfen, die notwendigerweise neue Vergewaltigungen schwächerer Völker oder die Angliederung deren Territorien an das Land des Siegers in sich bergen, so wird jeglicher unseren Prinzipien entsprechender Beschluss unter den gegebenen *Bedingungen* weder eine Basis für die Annäherung der sich bekämpfenden sozialistischen Burgfriedensparteien und für deren parallele Aktionen werden, noch überhaupt ihre allgemeine Anerkennung erlangen können. Die Erfahrung der zwei Jahre hat zur Genüge bewiesen, dass, indem die deutschen Sozialisten an den Burgfrieden und an ihre Regierung gebunden sind, können sie in der Bestimmung ihrer Stellungnahme zu der Belgien- und Elsass-Lothringen-Frage nicht frei sein, ebenso die österreichischen zu der Frage über das tschechische und serbische Volk, die französischen und englischen in ihrem Verhalten dem Schicksal aller Völker, die von dem russischen Zarismus seit jeher unterdrückt wurden, oder neuerobert werden, oder dem irischen und ägyptischen Volke gegenüber, und alle zusammen in ihrer Stellungnahme zu der Lage und dem Schicksal des polnischen Volkes, das von den Regierungen der beiden Koalitionen gleich verraten und heuchlerisch «befreit» wird. Indem die sozialistischen Parteien, die mit ihren Regierungen Frieden geschlossen haben, gleich uns allen, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen anzuerkennen fortfahren, indem sie mit diesem Prinzip eben die Vaterlandsverteidigung motivieren und folglich in ihrem Innersten mit allen unterdrückten und vergewaltigten Völkern mitfühlen, hielten sie es doch nicht für möglich, diesen Burgfrieden durch einen entschiedenen Protest gegen die Gewalttätigkeiten des eigenen Staates zu durchbrechen.

Ja, ihr selbst, Genossen, könntet ihr als Vertreter des Proletariats der bis jetzt neutralen Länder auch einen Augenblick daran zweifeln, dass, sollte die weitere Entwicklung des Weltkonflikts zu einem Anschlag gegen die Unabhängigkeit eurer Vaterländer führen, weder das hol-

ländische, noch das rumänische, das schwedische oder schweizerische Volk bei den sozialistischen Parteien der angreifenden Koalition Bereitwilligkeit finden würde, die sogenannte «nationale Solidarität» in ihren Ländern zu verletzen, um ein neues Verbrechen zu verhindern? Wie die zu Beginn des Krieges verübte schamlose Vergewaltigung Belgiens von einem verlegenen Schweigen der deutschen Sozialdemokratie begleitet wurde, so hatten auch die im weiteren Gange des Krieges begangenen direkten Verletzungen der Neutralität (Griechenland, Persien) und die empörendsten Druckmittel der mächtigen Koalitionen auf eure Vaterländer keinen Widerstand oder Protest seitens der sozialistischen Parteien der Mehrzahl der kriegführenden Länder hervorgerufen, deren ganze Politik zu der Notwendigkeit der Sanktionierung der schlimmsten Folgen des imperialistischen Krieges geführt hat.

Dies alles führt uns dazu, dass die Voraussetzung der wenn auch allerbescheidensten gemeinsamen Aktion der Sozialisten der ganzen Welt — die Voraussetzung der Wiederherstellung der Internationalen — die *Wiedergewinnung der Aktionsfreiheit* ist. Nur indem die Vertreter der nationalen sozialistischen Parteien sich entschliessen, diese Freiheit zurückzugewinnen, werden sie von neuem hinter einem Tisch zusammentreten können, um die durch den Krieg ins Leben gerufenen Weltprobleme vom Standpunkte der gemeinsamen Prinzipien zu lösen und sie in der Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu erörtern. Der Bruch mit der Burgfriedenspolitik, die Weigerung, an den Regierungen teilzunehmen und sie zu unterstützen, die Wiederherstellung des Klassenkampfes, ohne diese Bedingungen werden die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder nicht nur nicht instande sein, eine wirksame gemeinsame Aktion für die Beschleunigung des Friedens durchzuführen, sondern sogar nicht in der Lage sein, unter eurer Mitwirkung in bezug auf die Friedensbedingungen übereinzukommen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erwarten wir, Genossen, dass, wie auch eure sonstigen Beschlüsse ausfallen mögen, ihr nicht unterlassen werdet, diese Wahrheit vor dem sozialistischen Proletariat auszusprechen. Das Proletariat aller kriegführenden Länder muss sich darüber klar werden, dass die erste und unbedingte Voraussetzung jeder internationalen Friedensaktion in dem vollständigen Bruche mit dem Burgfrieden liegt.

Würde aber die Konferenz diese grundsätzliche Frage nicht in den Mittelpunkt ihrer Beratungen stellen und ihre Unterhandlungen bloss auf die Festlegung eines «idealen» sozialistischen Friedensprogramms beschränken, so befürchten wir, dass ihr Ergebnis nur noch eine Verschlimmerung der in der Internationalen geschaffenen Lage wäre. Anstatt ein Ansporn zu einem neuen Zusammenschluss der sozialistischen Kräfte auf einer breiteren Arena zu werden, würde sie der Arbeiterklasse nur eine neue Enttäuschung bringen, die getrennten nationalen Sektionen nur noch mehr von einander entfernen, den schon Platz gegriffenen Skeptizismus in bezug auf den Organisationsapparat der zweiten Internationalen nur noch stärken.

Mit dem Wunsche erfolgreicher Arbeit und dem Ausdruck brüderlicher sozialistischer Gefühle

Das auswärtige Sekretariat des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

(Im I. S. B. durch P. Axelrod vertreten.)

Ein Rundschreiben der französischen Opposition.

31 sozialistische Abgeordnete Frankreichs haben vor dem an Weihnachten abgehaltenen Parteitag den Sektionen der französischen Partei ein Rundschreiben zugestellt, dem wir die folgenden zwei Abschnitte entnehmen:

1. Die Kriegsziele der Alliierten.

«Was schwerwiegend ist,» so heisst es wörtlich in dem Rundschreiben, «das ist, dass sich die Alliierten weder in Wirklichkeit noch vollständig in Übereinstimmung über die Kriegsziele befinden. Jeder Verbündete hat seine eigenen Kriegsziele und hofft, sie durch den gemeinsamen Sieg zu verwirklichen, es den andern überlassend, die ihrigen zu realisieren, ohne sich zu fragen, ob die Kriegsziele der andern den gleichen Charakter aufweisen.

Italien hat eingeständenermassen folgende Ziele: Trient und Triest, aber die Nationalisten, nicht minder vorlaut wie die unsrigen, wollen noch Dalmatien, Albanien, Kleinasien usw. beifügen.

Japan ist nach dem Wort von Herrn Milioukoff *überverschert*: man lässt ihm freie Hand in China, wenigstens für den Augenblick.

Serbien wünscht neben seiner Selbständigkeit das Jugoslavien anzugliedern und hat nicht darauf verzichtet, jene offene Tür am adriatischen Meere zu haben, die ihm Italien verriegeln will.

Russland? Ah, Russland! Mangels kategorischer Erklärungen haben die offiziellen Anhänger der Mehrheit in unserer Partei, wie wir die Herren *Milioukoff*, den Führer der Kadetten in der Duma, und *Wassiliew*, Mitglied des kaiserlichen Rates, gehört, wie sie uns in einer privaten Versammlung ihre Ziele enthüllten: *Armenien* annektiert, *Persien* unter russischer Kontrolle, *Konstantinopel* in seinem Besitz, die *Polen* unter dem russischen Adler und keineswegs befreit, *Oesterreich-Ungarn* seiner Glieder beraubt, das heisst *Böhmen* autonom, *Ungarn* ein selbständiges Königreich, *Oesterreich* an Deutschland angegliedert. Sonderbarer Traum: Das Deutschland des Kaisers verstärkt und die hauptsächlichsten Bestrebungen der Pangermanisten verwirklicht, aber gleichzeitig auch die grosse panslawistische Invasion erfüllt!

England, das territorialen Eroberungen entsagt, dessen Handelsbestrebungen indessen bekannt sind, und *Frankreich*, deren Kriegsziele alle solche bescheiden sind, wenn man den Erklärungen der Ministerpräsidenten Glauben schenken darf — führen England und Frankreich den Krieg für ein grösseres Deutschland und für ein grösseres Russland? Und durch den Londoner Pakt vom 5. September 1914 an Russland gebunden, werden sie und werden wir den Krieg so lange weiterführen, bis seine unerhörten Ziele erfüllt sind?

Wenn man, damit unsere von der Invasion heimgesuchten Departemente dem nationalen Leben wiedergegeben werden, warten muss, bis die Russen in Konstantinopel Meister sind, oh! dann sind der Norden und der Osten von Frankreich noch lange in den Händen des Feindes, und zwar in einem Kriege, wo eine Bewegung nur noch im Orient möglich ist, wie alle Welt weiss.

Wir haben es nicht eilig, sagen uns die *Russen*. Denn wir haben die volle militärische Bereitschaft erst 1917, die *Engländer* bedienen sich der gleichen Sprache, und ihre Armeen richten sich bei uns für einen dauernden Aufenthalt ein. Und was wird Frankreich an zu vergiessendem Blut im Jahre 1917 noch übrig bleiben? *Es wird geweihsblutet sein*. Es ist schon jetzt nahe daran.»

2. Das geopfert Frankreich.

«Und da erklären wir den Anhängern der Parteimehrheit und «unsern» Ministern, dass wir mit ihnen in bezug auf die Führung des Krieges *nicht* einverstanden sind. Existenzen, die von der Kammer zum Rücktritt veranlasst wurden. Sie haben mehr als ein Jahr zugehoben, wie Mille- rand die Sorge der Kriegführung unfähigen Militärs überliess, wie die ersten acht oder zehn Monate, die kostbarste Zeit, verloren gingen, wie die schwersten Fehler gedeckt wurden, und besonders die Verzögerungen in der Produktion von Kriegsmaterial eintraten, die uns *unnötigerweise* vielleicht eine halbe Million Menschenleben kosteten.

Sie haben den zweiten, Delcassé, im Balkan unsere Sache kompromittieren und die russischen Ambitionen aufkommen lassen, die den Verlust unserer Sache brachten und die Stellung der Zentralmächte festigten.

Unsere Minister haben endlich — und wir werden unsere Kritik über die Kriegführung heute nicht weitertreiben — gestattet, dass unsere Verbündeten uns das Schwergewicht dieses gewaltigen Krieges tragen lassen, anstatt von ihnen hoch und feierlich zum mindesten gleiche Opfer zu verlangen.

Wenn die Opfer unserer hauptsächlichsten Verbündeten den unsrigen entsprächen, *jener Million von Toten, die unser Land bereits zählt*, so müssten sie im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl betragen: Russland 4,700,000 Tote, England 1,500,000 Tote, Italien 900,000 Tote.

Nun sind aber England, Italien und Russland weit davon entfernt, in bezug auf die Mobilisierten die gleichen Opfer aufgebracht und in bezug auf die Toten die gleichen Verluste erlitten zu haben wie Frankreich.

Man spricht uns davon, dass vier Millionen Engländer mobilisiert seien? Wir verkennen die von England gemachten Anstrengungen keineswegs, aber Oberst Remington schrieb noch unlängst: «Wir können noch 3,800,000 Männer mobilisieren.» Warum wartet man?

Die Italiener? Niemand kennt ihre militärischen Anstrengungen, aber jedermann ermisst ihre Grenzen an den objektiven Tatsachen selbst. Die Russen? Herr Milioukoff sagte uns: «Wir werden die zwölfte Million einberufen.» Aber die unvorhergesehenen Zufälligkeiten und die zaristischen Unfähigkeiten waren so gross, ihre Organisation war so fehlerhaft, dass ihre Truppen die nötigen Waffen nicht hatten und nie entschlossen und im gewollten Moment eingreifen konnten.

Wir haben ausführen gehört: « Wenn wir die Verbündeten nicht gehabt hätten? » Kann man nicht ebensogut sagen: « Wenn die Verbündeten uns nicht gehabt hätten? Wenn Frankreich nicht diese furchtbaren Opfer gebracht hätte? Wenn seine Bürger im Wehrkleide nicht diesen entschlossenen Mut gezeigt hätten? Wenn sie sich nicht geopfert hätten, um den Verbündeten Zeit zu lassen, auf den Schlachtfeldern anzukommen, so wäre das Schicksal Europas schon entschieden. Um von der Kriegführung zu sprechen, ist es möglich, dass man, solange wie « unsere Minister » es tolerierten, zugab, dass die Einheit der Front nicht durch die Einheit der Rekrutierung und der Opfer vervollständigt wurde?

Wer liebt Frankreich mehr? Die, die es bis zum letzten Blutstropfen opfern, oder die, die sich bemühen, Frankreich soviel als möglich vor dem Untergang zu retten? »

Die Abgeordneten, welche das Rundschreiben unterzeichneten, sind: Barabant (Côte-d'Or), Bernard (Gard), Betoulle (Haute-Vienne), A. Blanc (Vaucluse), Jean Bon (Seine), Bouisson (Bouches-du-Rhône), Bras (Saône-et-Loire), Brizon (Allier), Buisset (Isère), Cadenat (Bouches-du-Rhône), Deguise (Aisne), Giray (Isère), Goude (Finistère), Jobert (Ionne), Lissac (Jura), Jean Longuet (Seine), Manùs (Rhône), Mayéras (Seine), Mistral (Isère), Ferdinand Morin (Indre-et-Loire), Parvy (Haute-Vienne), Philbois (Aube), Poncet (Seine), Pressemane (Haute-Vienne), Raffin-Dugens (Isère), Sabin (Tarn), Sixte-Quenin (Bouches-du-Rhône), Valette (Gard), Valière (Haute-Vienne), Voillat (Rhône), Valter (Seine).